

Debatte und Abstimmung zur Neugestaltung des Landtagsgebäudes in der 65. Plenarsitzung des niedersächsischen Landtags am 16.März 2010

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3 auf:
Erste Beratung: Neukonzeption des Plenarbereichs des Niedersächsischen
Landtages. Antrag der Abgeordneten Thümler (CDU), Jüttner (SPD), Grascha (FDP),
Wenzel (Grüne) und weiterer 12 Abgeordneter der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP.
Drucksache 16/2300.

Bevor ich hierzu dem ersten Redner das Wort erteile, lassen Sie mich meinerseits einleitend folgende Vorbemerkung zum bisherigen Verfahren und zum Ablauf der folgenden Debatte sagen:
Der niedersächsische Landtag widmet sich heute Morgen - in einer in dieser Form gewiss nicht alltäglichen Debatte - einem herausragend wichtigen Thema, das die Abgeordneten dieses Hohen Hauses in besonderer Weise betrifft und das die Menschen dieses Landes und besonders der Landeshauptstadt tief berührt. Dies hat die von mir sehr begrüßte öffentliche Debatte der zurückliegenden Monate ausdrücklich bewiesen. Es geht um die Zukunft unseres Plenarsaalgebäudes, des baulichen Herzstücks parlamentarischer Demokratie. In ihm konkretisiert sich öffentlich die politische Willensbildung in unserem Land und in ihm wird die Zukunft unseres Landes gestaltet.

Es ist keine Frage, dass das Parlament den Anspruch erheben darf, ja erheben muss, in einem Gebäude zu tagen, das in seiner architektonischen Gestaltung und städtebaulichen Einbettung von der Aufgabe kündet, die Geschicke unseres Landes demokratisch und in transparenter Öffentlichkeit zu lenken.

Richtig ist aber auch, dass sich die Frage, ob und wie gebaut wird, legitimieren und verantworten muss vor der Geschichte unserer noch immer jungen Demokratie und vor der Geschichte dieses baulichen Ensembles aus Alt und Neu, das zu Recht auch heute „Leineschloss“ heißt.

Dabei ist selbstverständlich, dass alle Entscheidungen, die getroffen werden müssen, nach Recht und Gesetz

zu treffen sind. Man darf darüber streiten, wie die richtige Antwort auf die jeweilige Frage lautet. Aber niemand unter uns sollte seine Meinung mit der Diffamierung des Andersdenkenden begründen. Er bräche leichtfertig Recht und Gesetz.

Die letzten Monate haben vielmehr gezeigt, mit welchem Ernst und auch mit welcher Leidenschaft um die richtigen Antworten gerungen wird. Allerdings darf sich das Parlament nach meiner Meinung auch nicht kleiner und ängstlicher machen, als es der Bedeutung des Parlaments entspricht.

Ich erinnere daran, dass wir erstens mit einer sorgfältigen Standardanalyse begonnen haben, zweitens durch ein externes Fachbüro den Raumbedarf und die funktionalen Abläufe des Parlamentsbetriebs analysiert und ein Raumprogramm verabschiedet haben, drittens eine sehr sorgfältige Auslobung für einen offenen Wettbewerb erarbeitet haben und schließlich - viertens - einen Architekturwettbewerb mit einer herausragend besetzten Jury durchgeführt haben.

Ich erinnere ferner daran, dass all diese Schritte in Verfahren und Inhalt von einer ganz großen fraktionsübergreifenden Mehrheit getragen worden sind. Ich fand gut - ich will das ausdrücklich betonen -, dass sich auch die verbleibende Minderheit nie der konstruktiven Mitarbeit verweigert hat.

Anders als noch beim Wettbewerb 2002 wurde jeder der bisherigen Schritte in die Öffentlichkeit kommuniziert. Ich fand es herausragend, dass über 2000 Bürgerinnen und Bürger den Weg in das Leineschloss gefunden haben, um mit eigenen Augen zu begutachten, was der Wettbewerb an Lösungen hervorgebracht hat. Ich bedanke mich herzlich im Namen des ganzen Hauses bei allen Mitgliedern der Parlamentarischen Baukommission und allen Mitgliedern des Preisgerichts für ihre engagierte Arbeit.

Ebenso gilt mein besonderer Dank den Vertreterinnen und Vertretern des Staatlichen Baumanagements, die in den letzten Wochen und Monaten mit unglaublichem Einsatz alle Herausforderungen gemeistert haben.

Meine Damen und Herren, zu dem soeben aufgerufenen Antrag findet antragsgemäß die erste Beratung

statt. Die Fraktionen sind jedoch übereingekommen, über diesen Antrag anschließend sofort abzustimmen. Dies soll in namentlicher Abstimmung in einer mit den Fraktionen abgestimmten Weise geschehen, die von hieraus zu gegebener Zeit auch erläutert wird. Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat darauf verständigt, dass in der zu diesem Tagesordnungspunkt anstehenden Debatte die großen Fraktionen über jeweils 25 Minuten und die kleinen Fraktionen über jeweils 15 Minuten Redezeit verfügen sollen. Daran anschließend soll für einzelne Wortmeldungen jeweils eine Redezeit von zwei Minuten gewährt werden.

Es ist über Einkunft darüber erzählt worden, dass während der Zweiminutenbeiträge Kurzinterventionen nicht zugelassen sind. Wir treten damit in die Beratung ein. Ich erteile dazu dem Kollegen McAllister das Wort. Bitte schön!

David McAllister (CDU):
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute führen wir - wie es der Landtagspräsident eben betont hat - eine ganz besondere Debatte. Es geht um das Hohe Haus selbst, nämlich um die Neukonzeption des Plenarsaalbereichs. Wie 1956, als es um die Frage eines Neubaus des gesamten Landesparlaments ging, so gibt es auch heute zur Frage der Neukonzeption des Plenarsaalbereichs unterschiedliche Auffassungen quer durch die Fraktionen.

Es gibt in den Reihen der Abgeordneten die Forderung nach einem kompletten Abriss und Neubau, einem Teilabriss, einem Umbau des bestehenden Plenarsaalbereichs bis hin zur Forderung, alles so zu lassen, wie es ist. Auch bei den Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion gibt es unterschiedliche Meinungen, die ich mit meinem Redebeitrag darstellen möchte.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Abstimmung mit dem Landtagspräsidenten haben Abgeordnete von vier Fraktionen dieses Hauses einen Antrag in der Drucksache 16/2300 formuliert. Auf dieser Grundlage werden wir heute eine Meinungsbildung des Landtages herbeiführen. Dieser Landtag hat dabei drei Fragen zu beantworten.

Erstens. Gibt es einen grundsätzlichen Handlungsbedarf für bauliche Sanierungsmaßnahmen im Plenarsaaltrakt?

Zweitens. Falls ja, soll der Realisierungswettbewerb fortgesetzt werden?

Drittens.

Falls auch bei Frage zwei ja, soll der erst-, der zweit- oder der drittplatzierte Entwurf des Realisierungswettbewerbs favorisiert werden?

Für den drittplatzierten Entwurf hat sich allerdings bisher noch niemand in diesem Haus öffentlich ausgesprochen. Bei der ersten Frage, also der Frage, ob überhaupt Handlungsbedarf für bauliche Sanierungsmaßnahmen besteht, ist sich wohl eine sehr breite Mehrheit in diesem Hause einig: ja, unbedingt.

Seit Langem ist klar: Der Plenarsaal und vor allem das Sockelgeschoss leiden seit vielen Jahren an schwerwiegenden baulichen Mängeln und Schwächen. Die Mängel im Plenarsaalbereich sind offensichtlich und vielfältig: unzureichender Brandschutz, mangelnde Energieeffizienz, besonders im Bereich des ungedämmten Dachs oberhalb unseres Plenarsaals, unzureichende Bedingungen für Menschen mit Behinderungen, unzureichende Transparenz der parlamentarischen Arbeit durch eine bauliche Abschottung des Plenarsaals nach außen, fehlendes Tageslicht im Plenarsaal sowie in den Besprechungs- und Arbeitsräumen, technische Mängel in der Belüftung, der Abwasseranlage und der Akustik sowie unzureichende und teilweise arbeitsschutzrechtlich bedenkliche Bedingungen für Besucher, Medienvertreter und nicht zuletzt auch für die Abgeordneten.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Handlungsbedarf ist unabweisbar. Meine Fraktion hält Sanierungsmaßnahmen im Plenarsaalbereich für dringend erforderlich. Wir werden deshalb bei Punkt 1 geschlossen mit Ja stimmen.

Wir befassten uns dann zweitens mit der Frage: Soll der Realisierungswettbewerb zur Neukonzeption des Plenarsaalbereichs fortgesetzt werden oder nicht? Bereits 2002 hatte der damalige Landtagspräsident Professor Wernstedt gegen manche Widerstände einen Architektenwettbewerb ausgelobt. Eine Absicherung der Maßnahme im Landeshaushalt erfolgte dann bekanntlich nicht. Nach der Landtagswahl 2003 hat Landtagspräsident Jürgen Gansäuer im Einvernehmen mit den Koalitionsfraktionen von CDU und FDP die Planungen gestoppt.

Gleichwohl hat Jürgen Gansäuer in seiner Amtszeit die dringendsten Probleme an der Fassade, an der Abwasseranlage, an der Lüftungsanlage, an der Elektroanlage in der Wandelhalle und an der Übertragungsanlage im Plenarsaal beheben lassen. Meine Damen und Herren, das war notwendig.

Gleichwohl blieb vieles Stückwerk. 2007 meldete sich dann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort. So berichtete der Weser-Kurier am 19. April 2007, dass die Grüne-Fraktion einen kompletten Neubau des Plenarsaaltrakts fordere.

Ich zitiere aus dem Artikel:

„Unser Modell kommt billiger an als ein Weiterwursteln“, sagte Grünen-Fraktionschef Stefan Wenzel gestern in Hannover. „Wir brauchen den großen Wurf, statt nur herumzufuckeln“, forderte seine Stellvertreterin Ursula Helmhold.“

Weiter heißt es in dem Artikel, ich zitiere nochmals: „Ein Neubau des Plenarsaals und eine gründliche Sanierung des denkmalgeschützten Altbaus seien auf Dauer billiger, argumentieren die Grünen.“

Landtagspräsident Hermann Dinkla hat dann 2008, nach der Wahl, die Initiative für einen neuen Anlauf ergriffen. Er hatte dabei die Unterstützung der Koalitionsfraktionen und großer Teile der Opposition. Ein solcher fraktionsübergreifender Konsens war für Hermann Dinkla eine wesentliche Voraussetzung für die Neukonzeption des Plenarsaalbereichs.

Im Planungsverfahren seit 2008 waren - das will ich ausdrücklich betonen - alle Schritte öffentlich nachvollziehbar, angefangen bei der Erfassung des grundsätzlichen Sanierungsbedarfs über die Bildung einer fraktionsübergreifenden Baukommission mit externen Fachleuten bis hin zur Ausschreibung eines ergebnisoffenen Realisierungswettbewerbs mitsamt einer öffentlichen Vorstellung der Ergebnisse. Herr Präsident, Sie haben für ein hohes Maß an Transparenz gesorgt. Das war richtig.

Dieser Realisierungswettbewerb hat dann bekanntlich unterschiedliche Entwürfe verschiedener renommierter Architekturbüros hervorgebracht. Die Baukommission hat am Ende drei Entwürfe prämiert. Soll dieser Wettbewerb nun weiter- und zu

Ende geführt werden oder nicht?

Die Kritiker - sie sind in der CDU-Fraktion prominent vertreten - sagen Nein. Keiner der Entwürfe verbreite eine einzigartige Faszination. Ein breiter Konsens sei nicht erreicht worden. Die Begeisterung für alle eingereichten Entwürfe halte sich in Grenzen. Darüber hinaus monieren die Kritiker des Architektenwettbewerbs in meiner Fraktion, der vorgesehene Kostenrahmen sei zu hoch, der Zettplan zu unbestimmt und die vergaberechtliche Situation zu unklar.

Die Befürworter eines fortzusetzenden Realisierungswettbewerbs - auch sie sind in meiner Fraktion prominent vertreten - verweisen auf die Expertenmeinung in der Fachjury, die die hohe architektonische Qualität hervorgehoben habe. Ob die vorgelegten Entwürfe nun faszinierend seien oder Begeisterung erzeugten, müsse jeder selbst entscheiden; über architektonische Stil- und Geschmacksfragen lasse sich nun einmal streiten.

Die Kostenfrage sei natürlich sorgfältig zu gewichten. Letztlich bleibe der Architektenwettbewerb aber in einem vertretbaren Kostenrahmen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch ein Umbau im Bestand mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sei.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, unabhängig von der Frage, ob man für einen Neubau oder für einen Umbau im Bestand ist, möchte ich eines betonen: Demokratie und Parlamentarismus kosten Geld, wohl wahr. Als Deutsche wissen wir aber besonders schmerzlich: Andere Staatsformen kosten viel mehr Geld und haben unserem Volk und dem Rest der Welt unendlich viel Leid gebracht.

Wir sollten daher versuchen, die in Teilen der Öffentlichkeit sehr emotional geführte Debatte zu versachlichen, und die Neugestaltung unseres Plenarsaals nicht gegen andere, ebenso notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur auszuspielen. Denn sonst könnten manche auf die Idee kommen, dieses Vorhaben im Landtag z. B. mit dem Neubau an der Tierärztlichen Hochschule, dem Anbau an das Sprengel-Museum oder der Erweiterung des Zoos in Hannover zu vergleichen. Das sind drei öffentliche Bauvorhaben in Hannover, die von der Bausumme her letztlich in ähnlichen Größenordnungen liegen. Meine Damen und Herren, darum geht es mir nicht. Wir engagieren uns aktiv für diese Projekte.

Es gibt viel mehr zu bedenken: Ist unsere repräsentative, parlamentarische Demokratie in Niedersachsen etwas wert und, wenn ja, wie viel?

Lassen Sie uns also rational abwägen! Lassen Sie uns bei den Fakten bleiben!

Zurück zur Frage 2: Die Befürworter der Fortsetzung des Wettbewerbs verweisen zudem auf die Einsparbemühungen sowohl des siegreichen als auch des zweitplatzierten Architekten. So hat Professor Yi seinen Entwurf dankenswerterweise entsprechend den Wünschen des Preisgerichts überarbeitet. Neben mehr Transparenz nach außen, mehr Besucherplätzen und besseren Arbeitsbedingungen für die Medien hat er das Gebäude insgesamt verkleinert. Er will dadurch 2,5 Millionen Euro einsparen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Entschließungsantrag spricht die Erwartung aus, dass der veranschlagte Kostenrahmen von 45 Millionen Euro deutlich unterschritten wird. Die CDU-Fraktion begrüßt diese Position. Nun wird es erforderlich sein, dass die Architekten, das Staatliche Baumanagement und die Landtagsverwaltung eine präzise und detaillierte Leistungsbeschreibung festlegen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, alle Leistungen im Wege von Einzelausschreibungen oder über einen Gesamtauftrag zum Festpreis zu vergeben. Je präziser dies erfolgt, desto geringer die Kostenrisiken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fordern, ja wir erwarten nachdrücklich, dass der Kostenrahmen für diesen Bau deutlich unterschritten wird.

Sollte eine Mehrheit dieses Hauses bei der zweiten Abstimmung für ein Ende des laufenden Realisierungswettbewerbs votieren, dann würden wohl die wesentlich günstigeren notwendigen Sanierungsarbeiten im Bestand durchgeführt. Für diesen Fall könnte es nach Einschätzung des Staatlichen Baumanagements allerdings unter Aspekten des Vergaberechts zu Ersatzansprüchen der siegreichen Architekten des Wettbewerbs kommen. Demzufolge habe der Erstplatzierte des Vergabeverfahrens einen Schadensersatzanspruch nach den Vorschriften des BGB, wenn der Auftraggeber ohne wichtigen Grund keinen Auftrag erteile. Die Höhe des Anspruchs bestimme sich nach dem entgangenen Gewinn und dürfte im konkreten Fall

bei ca. 500 000 Euro je Preisträger liegen. Darüber hinaus habe jeder Preisträger einen Anspruch auf Ersatz des Vertrauensschadens in Höhe der ihm entstandenen Kosten. Auch diese Kosten gilt es also gleich bei der Abstimmung im Blick zu behalten und abzuwägen.

Sollte eine Mehrheit für eine Fortsetzung des laufenden Realisierungswettbewerbs stimmen, haben wir dann eine dritte Entscheidung zu treffen: Wollen wir den Entwurf des ersten Preisträgers des Wettbewerbs - Yi Architekt, Professor Yi aus Köln - realisieren, oder soll stattdessen der Entwurf des zweiten Preisträgers - Gebhardt Architekten aus Hamburg - in einer möglichen Kooperation mit den Architekten Panse und Koch umgesetzt werden? Für beide Entwürfe gibt es respektable Argumente. Die beiden Architekten wie auch der Drittplatzierte, Martin A. Müller aus Hannover, haben mit großem persönlichen Einsatz, zuletzt nochmals bei der Erörterung der Vorschläge vor genau einer Woche im Leibniz-Saal, für ihre Ideen geworben. Dafür gebührt ihnen wie alle Beteiligten des Wettbewerbs der besondere Dank des gesamten Hauses.

Gleichwohl müssten wir uns dann an dieser Stelle für einen Vorschlag entscheiden. Alle Entwürfe erfordern eine erhebliche finanzielle Anstrengung. Das Staatliche Baumanagement schätzt beide Projekte in einer ersten Kostenprüfung auf rund 39 Millionen Euro.

Es gibt in meiner Fraktion ganz vereinzelt Abgeordnete, die Platz 2 favorisieren. Die sehr große Mehrheit der CDU-Abgeordneten ist bei einer Fortsetzung des Realisierungswettbewerbs dann konsequent für den erstplatzierten Entwurf. Sie argumentieren letztlich nach dem Prinzip: Wenn wir diese finanziellen Anstrengungen auf uns nehmen wollen, dann sollten wir keine halben Sachen machen. Übrigens ist auch diese Debatte bei uns im Niedersächsischen Landtag nicht neu. Schon über den Wettbewerb in den fünfziger Jahren berichtete der Spiegel in seiner Ausgabe Nummer 43 aus dem Jahre 1962:

„Oesterlen musste beim Schneidern der Parlaments-Prachtrobe alte Kleiderteile verwenden, von denen die hannoverschen Abgeordneten sich nicht trennen mochten: Statt einer Neuanfertigung bestanden sie auf

Anderung und Reparatur des verfallenen Leineschlosses. CDU-Abgeordneter Rißling: „Das war schon das Malheur.“

Meine Damen und Herren, beide Siegerentwürfe werden auch immer im Hinblick auf ihre möglichen Kosten verglichen. Es wäre Spekulation, heute und an dieser Stelle die genauen Kosten vorhersagen zu wollen. Gleichwohl weiß jeder Baufachmann: Ein kompletter Neubau ist in den Kosten wohl eher planbar. Der weitestgehende Umbau eines vorhandenen Gebäudes ist hingegen in der Entwicklung wesentlich schwerer zu kalkulieren. Deshalb gibt es Hinweise des Staatlichen Baumanagements, dass bei einem komplizierten Umbau des Oesterlen-Saals die Kosten deutlich steigen könnten. Wir nehmen diese Hinweise des Baumanagements sehr ernst.

Sehr geehrte Damen und Herren, vielfach wird als Argument der Denkmalschutz angeführt und auch das Urheberrecht des Architekten Oesterlen genannt, das dessen Witwe wahrnimmt. Beides spreche angeblich für den zweitplatzierten Entwurf des Architekturbüros Gebhardt. Ich will eines deutlich betonen: Das Denkmalschutz-Argument ist ein ganz Zentrales. Das überwiegende öffentliche Interesse für einen Eingriff in das Baudenkmal muss sehr sorgfältig dargelegt werden. Tatsache ist allerdings auch: Frau Oesterlen hat dem Landtagspräsidenten durch ihren Rechtsanwalt mit Schreiben vom 9. März 2010 mitteilen lassen - ich zitiere -: „Familie Oesterlen hat zum Wettbewerbsbeitrag von Herrn Gebhardt noch kein endgültiges Urteil. Jedoch scheint sein aktueller Entwurf weder mit den denkmalschutzrechtlichen noch den urheberrechtlichen Belangen in Einklang zu stehen.“

Der Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege, Herr Stefan Winghart, hat in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 16. Februar 2010 zum zweitplatzierten Entwurf erklärt - ich zitiere -: „Als Denkmalschützer muss ich aber betonen: Es wäre kein Erhalt des Denkmals gewesen, weil eine ganze Menge abgebrochen worden wäre. Die Mauer zum Platz müsste weg, das Dach müsste weg, der Sockel würde durchlöchert, zum Fluss würden

schmale Fenster eingeschnitten -
so kann man mit einem Denkmal nicht
umgehen."

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage
des Kollegen Hagenah?

David McAllister (CDU): Nein, ich würde gerne am Stück vortragen. Herr
Hagenah hat gleich die Gelegenheit, ausführlich
Stellung zu nehmen.

Ich zitiere Herrn Winghart weiter:

„Nach diesem Umbau aber würde der
Oesterlen-Bau keinen Denkmalschutz
mehr genießen. Und wenn Jury und
Auslober meinen, dass man dann
besser ganz neu bauen sollte, dann
kann man dem eine gewisse Konsequenz
nicht absprechen."

Ich will damit sagen: Sowohl der erstplatzierte als
auch der zweitplatzierte Entwurf müssen einer
denkmalschutzrechtlichen Prüfung standhalten.

Abschließend möchte ich noch einen weiteren
Aspekt erwähnen: Ein Neubau des Plenarsaals
würde der Landeshauptstadt Hannover einen städtebaulichen
Impuls am Platz der Göttinger Sieben
direkt am Leineufer geben können. Das sieht der
sozialdemokratische Oberbürgermeister offenkundig
auch so: Herr Weil hat sich hochzufrieden mit
dem erstplatzierten Entwurf gezeigt. Das konnten
wir heute in den hannoverschen Tageszeitungen
nochmals lesen. Er hat sich damit als Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt klar für eine Realisierung
des Entwurfs von Professor Yi ausgesprochen.
Auch das sollte man berücksichtigen.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und
Herren! Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir
stehen heute vor einer nicht einfachen Entscheidung.
Wie auch immer sie ausfällt, das Ergebnis
wird für die nächsten Jahrzehnte Bestand haben
und sichtbare Spuren in der Landeshauptstadt
hinterlassen. Mit dem Architektenwettbewerb haben
die Öffentlichkeit und der Bauherr die Möglichkeit
erhalten, die Wettbewerbsergebnisse miteinander
zu vergleichen und so die in jeder Hinsicht
beste Lösung für das Vorhaben zu finden.
Viele Menschen - darauf hat Herr Landtagspräsident
Dinkla hingewiesen - haben sich die Entwürfe

in der Wandelhalle persönlich angeschaut. Viele haben ihre Meinung öffentlich und in den Medien kundgetan. Dieses Ringen nach einer Lösung, diese Diskussionen waren und sind richtig. Der Vorsitzende der Wettbewerbsjury, Professor Karl Fingerhut, hat sie als - ich zitiere - „außerordentlich wichtig und sogar vorbildlich“ bezeichnet. Alle Abgeordneten dieses Hauses haben die kritischen Hinweise vernommen. Jeder und jede hat für sich sorgfältig abgewogen, welche Entscheidungen sie bzw. er treffen möchte und vertreten kann. Neubauten werden immer kontrovers diskutiert, öffentliche Neubauten noch mehr und Parlamentsneubauten, die sehr selten sind, erst recht.

Den richtigen Zeitpunkt dafür gibt es wohl nie, und es gibt wahrlich keine Patentlösung.

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion und ihr Vorsitzender haben Respekt vor der Meinung der Bürgerinnen und Bürger und ebenso Respekt vor jeder einzelnen Meinung einzelner Abgeordneter dieses Hauses. Der Landtag wird heute mit Mehrheit eine wichtige Meinung im Vergabeverfahren kundtun. Als Demokraten werden wir die heutige Entscheidung akzeptieren. Lassen Sie uns eine wohlüberlegte Entscheidung treffen! Es ist eine Entscheidung für den Niedersächsischen Landtag. Dieser Landtag ist das zentrale Haus unserer Demokratie in Niedersachsen.
Herzlichen Dank.

Präsident Hermann Dinkla:
Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Hinweis für die folgenden Redner: Vorne am Rednerpult ist die Technik ausgefallen. Die Uhren, die die Redezeit anzeigen, laufen nicht mit. Ich betone, dass ich das nicht extra zu dieser Debatte bestellt habe.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen den Fraktionen die Übereinkunft besteht, dass während dieser Debatte Gespräche mit Besuchergruppen nicht stattfinden können und sollen.

Ich halte das für richtig und angemessen.
Ich erteile jetzt dem Kollegen Hagenah zu einer Kurzintervention das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollten wir es verhindern, die Debatte mit Kurzinterventionen zu durchlöchern. Aber wenn Sie, Herr McAllister, hier falsche Behauptungen in den Raum stellen, die inzwischen auch deutlich widerlegt sind, dann muss sofort

dagegen interveniert werden.

Sie haben aus dem Brief von Frau Oesterlen von vor einigen Wochen zitiert, haben aber dem Parlament nicht offenbart, dass in der Sitzung vorigen Freitag beim Präsidenten, bei der auch Ihr Fraktionsgeschäftsführer anwesend war, der Anwalt von Frau Oesterlen und auch von Koch/Panse auf der Grundlage des Beschlussvorschlages 3 B eindeutig gesagt hat, dass sich damit die vorherigen Aussagen hinsichtlich des Denkmalschutzes und Urheberrechtsschutzes neu darstellen und er das als Entgegenkommen sieht.

Sie haben auch vergessen, das Parlament nach dem Zitat von Herrn Winghart darüber aufzuklären, dass Herr Winghart in der Baukommission in der vorigen Woche allen vertretenen Fraktionen und dem Staatlichen Baumanagement erklärt hat, dass ein Abriss dieses Plenarsaals denkmalrechtlich gar nicht mehr möglich ist, weil durch den Wettbewerb eindeutig nachgewiesen ist, dass mit dem 2. Preis für das Geld, das wir angesetzt haben, und nach dem Raumprogramm eine Alternative zur Verfügung steht.

Das sind die Aussagen von Herrn Winghart, die er übrigens auch in der öffentlichen Diskussion am Vormittag des vorigen Freitag zur Kenntnis gegeben hat. Insofern bitte ich Sie, das nicht zu wiederholen. Vielen Dank.

Präsident Hermann Dinkla:
Ich erteile dem Kollegen Jüttner das Wort.
Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Landtag in den 1950er-Jahren beschlossen hat, seinen Sitz im Zentrum Hannovers zu nehmen, standen vom Leineschloss nur noch Trümmer. Wir verdanken es Dieter Oesterlen, dass nicht nur der Landtag 1962 ein funktionsfähiges Gebäude erhielt, sondern dass das Baudenkmal Leineschloss revitalisiert wurde. Zwei sich scheinbar ausschließenden Lösungen - so Oesterlen - erhielten gemeinsam ihr Recht. Das Ziel war, das Historische zu bewahren und weiter zu entwickeln und der jungen Demokratie in ihrem wichtigsten Haus eine unverwechselbare Atmosphäre zu geben - weder die Nüchternheit eines Verwaltungsgebäudes noch theaterhafte Züge oder eine falsche Monumentalität. Er hat der jungen Demokratie Tagungsort und Denkmal gegeben.

Ich stelle fest: Dieses Haus, Leineschloss mit Plenarsaal, ist das einzige identitätsstiftende Haus der jungen Demokratie in unserem Bundesland. In diesem Gebäude wurde Geschichte geschrieben. Hier wurden zwischen 1967 und 1970 die ersten erfolgreichen parlamentarischen Auseinandersetzungen mit der neugegründeten NPD unter Adolf von Thadden geführt. Hier wurde 1976 - sehr zu unserem Schmerz - gegen alle öffentlichen Bekundungen in geheimer Abstimmung ein Regierungswechsel vollzogen. Hier wurde 1990 der spätere Bundeskanzler und heutige Ehrenbürger unserer Landeshauptstadt in eine erste tragfähige rot-grüne Koalition gewählt. Hier wurden 48 Jahre lang die rechtlichen Grundlagen für das Gelingen unseres Rechts- und Sozialstaats gelegt. – So viel zum Geist dieses Hauses, meine Damen und Herren!

Die bauliche Hülle ist mittlerweile verschlissen. In der Tat: Dieser Bau ist in die Jahre gekommen, seine Funktionalität kaum noch gewährleistet. Unser Antrag listet unter Nummer 1 die Mängel auf. Ein Nichtstun ist aus Sicht der SPD-Fraktion nicht länger verantwortbar.

Ich ergänze: Wir stünden im Übrigen besser da, wenn der Landtag der 15. Wahlperiode der Ausschreibung aus dem Jahr 2002 gefolgt wäre und das Konzept des damaligen Preisträgers umgesetzt hätte. 2002 wurde mit einer Bausumme von ungefähr 20 Millionen Euro kalkuliert. Fünf Jahre später bezifferte das Staatliche Baumanagement den Sanierungsbedarf bereits auf 35 Millionen Euro. Heute, 2010, hätten wir kein Verständnis, wenn Abgeordnete dieses Hauses in der Abstimmung diesen Handlungsbedarf verdrängen würden, meine Damen und Herren.

Sagen, was ist - so beginnt Politik. Fraktionsbeschlüsse können Realität bisher nicht außer Kraft setzen. Ich hoffe, das wird auch so bleiben. Die SPD-Fraktion steht zu ihrer Verantwortung. Wir haben den Architektenwettbewerb konstruktiv begleitet, und uns ist in jeder Phase bedeutet worden, dass rechtliche Risiken nicht bestehen. Wir haben im Dezember 2009 gemeinsam mit CDU und FDP die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen. Umso erstaunter sind wir nun, meine Damen und Herren, dass der Ministerpräsident seiner Fraktion, insbesondere

dem Landtagspräsidenten, derart in die Parade fährt.

Sein Aufruf zur Bescheidenheit enthält unterschwellig den Vorwurf, der bisherige Prozess sei unbescheiden, ja anmaßend verlaufen. Wer jetzt aber den Wettbewerb abbrechen will, der spart nicht, meine Damen und Herren, sondern der chaotisiert! Ich sage das in aller Deutlichkeit.

Die Ausgaben für die notwendige Grundsanierung und die Schadensersatzzahlungen aus dem abgebrochenen Wettbewerb würden die veranschlagten Kosten für Neu- und Umbau mit Sicherheit übersteigen. Das weiß auch Herr Wulff. Wenn er für Abbruch votiert, ist das nicht in der Sache begründet, sondern dient seiner persönlichen Profilierung auf Kosten dieses Parlaments, insbesondere auf Kosten dieses Parlamentspräsidenten. Das, was da abläuft, finde ich ungehörig.

Die SPD wird diese Tricks nicht mitmachen, sondern geschlossen für die Fortsetzung des Wettbewerbs votieren - nicht aus Anmaßung, sondern weil es sachgerecht ist. Es ist richtig: Jede Schule im Land gehört saniert, jede Straße repariert, jede soziale Notlage gelindert.

Richtig ist aber auch: Beim Landtag gibt es einen dringenden Handlungsbedarf. Wer sich in dieser Frage in Selbstverachtung übt, erweist einer selbstbewussten parlamentarischen Demokratie einen Bärendienst.

Ich finde, das hat nichts mit Arroganz zu tun, sondern mit Selbstachtung. Zusammengefasst: Die SPD-Fraktion stimmt in der ersten und in der zweiten Abstimmung geschlossen mit Ja. Anders aber in der dritten Abstimmung. Unsere Fraktion hat es ihren Mitgliedern freigestellt, sich für einen der Preisträger zu entscheiden - eine Praxis wie auch 1956. Wir empfehlen sie allen anderen Fraktionen ebenfalls.

Der erste Preis - ich zitiere das Preisgericht - besticht in der Konsequenz, da nunmehr unbelastet der Geschichte der 1950er-Jahre ein mehr oder weniger kompromissloses Projekt entwickelt werden kann. Für den Vorsitzenden des Preisgerichts ist der Entwurf eine - ich zitiere - Kombination aus Kraft und Respekt. - Ein Teil unserer Abgeordneten wird für diesen Vorschlag stimmen. Dieter Möhrmann wird es begründen.

Ich persönlich habe mich wie viele andere in meiner Fraktion für den zweiten Preisträger entschieden. Für mich ist der erste Preisträger respektlos im Umgang mit der demokratischen Geschichte unseres Landes. Er ist gesichtslos. Nichts verbindet ihn mit dem Leineschloss. Er könnte überall stehen. Und: Den Umgang mit dem Denkmalschutzrecht halte ich für nicht vertretbar. Dazu wird Silke Lesemann noch Ausführungen machen.

Der zweite Preisträger dagegen erfüllt die vom Landtag eingeforderte Funktionalität, ist geeignet, in Kooperation mit dem Preisträger von 2002 urheberrechtliche und vergaberechtliche Prozessrisiken zu minimieren. Er geht respektvoll mit der Geschichte des Landes um, und er erspart dem Landtag gesetzgeberische Legitimationsprobleme und den Denkmalschutzbehörden einen massiven Autoritätsverlust. Unabhängig von ihrer Positionierung in der dritten Abstimmung sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion einvernehmlich der Meinung, dass die Entscheidung gelten muss unabhängig davon, ob mit einfacher oder mit absoluter Mehrheit getroffen. Vertagung und Nichtstun wären fatal, meine Damen und Herren, und außerdem viel zu teuer. Herzlichen Dank.

Präsident Hermann Dinkla:
Ich erteile dem Kollegen Dürr von der FDP-Fraktion das Wort.

Christian Dürr (FDP):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie die überwiegende Mehrheit dieses Hauses sind auch meine Fraktion und ich selbst der Auffassung, dass das Plenarsaalgebäude erhebliche bauliche Mängel aufweist. Diese Mängel müssen vor allem auch aus wirtschaftlichen Gründen abgestellt werden. Wir haben in den vergangenen Jahren Steuergelder ausgegeben, ohne dass es an dieser Stelle zu einer qualitativen Verbesserung gekommen wäre. Die in dem Entschließungsantrag der Mitglieder des Ältestenrates aufgeführten Mängel sind daher nur durch einen erheblichen Eingriff in den Plenarsaalbereich dauerhaft abzustellen.
Vor allem auch aus der Verpflichtung einer verantwortungsvollen Verwendung von Steuergeldern wird meine Fraktion daher bei den Nummern 1 und 2 des Entschließungsantrags mit Ja stimmen. Wir haben in den letzten Tagen und Wochen gesehen,

dass die Neugestaltung des Plenarsaalbereichs ein beachtliches öffentliches Interesse hervorgerufen hat, das sich so mancher von uns auch für die jährlichen Beratungen zum Landeshaushalt wünschen würde.

Das macht aber auch deutlich, dass es um mehr geht. Es geht natürlich, wie von meinen Vorrednern bereits erwähnt, um ein Symbol. Die Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, betrifft keine parteipolitische Frage. Wir merken, dass sich Politik schwertut, wenn sie Entscheidungen zu fällen hat, die eigentlich keine politischen sind, Dann wird die Entscheidung selbst sehr schnell zum Politikum. Umso wichtiger, meine Damen und Herren, ist daher die Art und Weise der Entscheidung. Ich halte es für richtig, dass heute nicht etwa die Mehrheiten in den Fraktionen darüber entscheiden, wie das Abstimmungsverhalten im Landtag ist, sondern die Mitglieder dieses Hauses als Ganzes.

Die Entscheidung über den Plenarsaalbereich des Landtages ist keine Frage des Gewissens. Es ist eine Frage der Meinung eines jeden Abgeordneten. Wie wir sehen, kann man mit jeweils guten Gründen unterschiedlicher Meinung sein. Die unterschiedlichen Meinungen sind in dem uns vorliegenden Entschließungsantrag abgebildet, und am Ende der heutigen Abstimmungen wird eine Mehrheit stehen.

Unter Umständen wird diese Mehrheit knapp sein. Dafür gibt es bekanntermaßen historische Vorbilder. Die Entscheidung über den Sitz von Bundestag und Bundesregierung ist damals im Deutschen Bundestag knapp und quer durch alle Fraktionen gefallen, aber am Ende stand eine Entscheidung des Parlaments. Diese Entscheidung ist von Befürwortern wie Gegnern akzeptiert worden, und nach der Entscheidung ist man den weiteren Weg gemeinsam gegangen. Gleiches, meine Damen und Herren, wünsche ich mir unabhängig vom Ergebnis auch für die Entscheidung des heutigen Tages.

Wir sind eine parlamentarische Demokratie. Man kann sich in Hinterzimmern abstimmen, aber am Ende stehen immer die öffentliche Debatte und die Abstimmung im Parlament. Ich meine, es ist richtig, dass das auch für die heutige Entscheidung gilt.

Wir mussten lernen, dass das Vergaberecht nicht unbedingt mit der Willensbildung eines Parlaments vereinbar ist. Ich meine aber, dass die Volksvertretung um ein Votum wie heute nicht herumkommt. Die durchaus komplizierten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge, die die Politik in den vergangenen Jahrzehnten ja selbst gesetzt hat, waren in dieser Form von unseren Vorgängern, die 1956 vor einer ähnlichen Entscheidung standen, nicht zu beachten. Dass den Parlamentariern die Entscheidung dennoch schwerfiel, zeigt die auch damals strittige Debatte über den Oesterlen-Bau in der Öffentlichkeit wie im Landtag.

Gleichwohl gibt es einen Unterschied von damals zu heute: Damals blieben nicht wenige Abgeordnete der Debatte und der Abstimmung fern, heute nicht. Das zeigt vielleicht auch, dass die Demokratie auf deutschem Boden ein Stück weit erwachsener geworden ist.

Wir müssen hier den Spagat hinbekommen, dass sich Politik nicht hinter einem Vergabeverfahren verstecken kann. Gleichzeitig müssen wir aber den rechtlichen Rahmen beachten, den wir selbst gesetzt haben. Ich meine, das kann durch das Verfahren gelingen, auf das sich alle Fraktionen des Hauses verständigt haben.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch noch etwas zum Thema Denkmalschutz sagen. Für viele von uns, auch für mich, stellt sich die Frage, ob man einen Unterschied machen darf zwischen einem Anbau aus den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts und dem historischen Leineschloss. Einige von Ihnen werden sich noch an die Diskussionen um den Ersatz der maroden Fenster im Kammerflügel erinnern. Es stand die Frage im Raum, ob man im Sinne Oesterlens erneut sprossenlose Fenster einsetzt oder ob man in Anlehnung an den historischen Laves-Bau Fenster mit Sprossen wählt. Die Entscheidung ist bekannt, und sie macht deutlich, dass auch Denkmalschutz widersprüchlich sein kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Natürlich geht es - da dürfen wir ehrlich sein - auch um den Geschmack eines jeden Einzelnen, über den sich bekanntlich streiten lässt. Aus meiner Fraktion werden hier noch andere Kollegen dazu

sprechen.

Mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben vor allen Dingen wirtschaftliche Beweggründe dazu bewogen, mich für einen Neubau des Plenarbereichs auszusprechen. Ich will mich hinter der Entscheidung von Professor Fingerhuth und seinem Preisgericht nicht verstecken. Deswegen werde ich heute bei Nummer 3 für die Variante A stimmen. Die Entscheidung dieses mit hochkarätigen Experten besetzten Gremiums ist für mich nach wie vor nachvollziehbar und bemerkenswert. Ich schließe mich dieser Meinung daher an.
Herzlichen Dank.

Präsident Hermann Dinkla:
Ich erteile der Kollegin Reichwaldt von der Fraktion Die Linken das Wort.

Christa Reichwaldt (Linke):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was entscheiden wir heute? Erleben wir eine Sternstunde des Parlaments, aber in der Konsequenz ohne wirkliche Relevanz? - Wir haben einen Architektenwettbewerb mit einem Ergebnis, aber die rechtliche Situation um dieses Bauvorhaben herum ist in den letzten Wochen immer verworrener geworden. Nach und nach tauchen immer mehr Probleme und ungeklärte Fragen auf.

Lassen Sie mich nur einige davon nennen: Steht dem ersten Preisträger eine Entschädigung zu, wenn sich dieses Haus heute für einen anderen entscheidet? Ist der Wettbewerb von 2002 tatsächlich abgeschlossen, oder sind von den damaligen Siegern ebenfalls Regressforderungen zu erwarten? Am Anfang wurde uns gesagt, nein, der Wettbewerb von 2002 sei kein Problem. Jetzt heißt es, es existierten unterschiedliche Rechtsauffassungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir zumindest hilft das nicht wirklich weiter. Oder könnte die Witwe Oesterlens das gesamte Verfahren durch eine Klage zu Fall bringen - also einmal „zurück auf „Los“? Alle diese Fragen hätten geklärt werden müssen, bevor das Verfahren überhaupt in Gang gesetzt wurde.

Ich frage mich, was dazu geführt hat, dass diese Fragen nicht gestellt wurden. Einfach schlechte Vorbereitung, oder sollten bestimmte Fragen nicht diskutiert werden, damit die Entscheidung in eine bestimmte Richtung gedrängt wird?

Eines scheint mir klar: Gleichgültig, was wir heute beschließen, die niedersächsischen Steuerzahler können wahrscheinlich froh sein, wenn keine Millionenkosten entstehen, bevor überhaupt der erste Stein bewegt wird.

Nur eines hätte diese Situation verhindert: ein Moratorium schon für den Architektenwettbewerb, wie es Die Linke bereits im Mai 2009 gefordert hat.

Gefordert hatten wir noch mehr, z. B. eine ungefähre Schätzung der Kosten für eine rein energetische Sanierung im Bestand. Diese Schätzung haben wir mehrfach gefordert, allerdings ohne Erfolg. In einer Besprechung der letzten Wochen wurde mir zurückgeworfen, man könne uns keine Zahl nennen, wenn Die Linke nicht sage, was ihrer Meinung nach an diesem Landtag eigentlich saniert werden müsse. Erstaunlich! War der Sanierungsbedarf den Verantwortlichen nicht bekannt?

Als ich wenige Tage später die heutige Beschlussvorlage das erste Mal sah, traute ich dann meinen Augen nicht. Dort ist im ersten Abschnitt sehr genau aufgeführt, welcher Sanierungsbedarf besteht. Dankenswerterweise ermöglichen die Spiegelstriche 4 und 5 - dort geht es um zusätzlichen Platzbedarf - unserer Fraktion, auch bei diesem Teil der Entschließung mit Nein zu stimmen. Bei den anderen unter Nummer 1 aufgeführten Punkten hätten uns in den letzten Monaten Zahlen sehr weitergeholfen.

Auch bei den Nummern 2 und 3 der Entschließung werden wir mit Nein stimmen.

Machen wir uns nichts vor: Bei diesem Bauvorhaben ist von Anfang an versucht worden, die Entscheidung hin zu einem Abriss des Oesterlen-Baus zu beeinflussen - durch nicht gestellte Fragen, indem man die komplizierte rechtliche Situation in den Diskussionen in den Hintergrund drängte, durch eine Auslobung, deren Raumprogramm von vornherein eine Lösung im Bestand nur noch sehr theoretisch möglich machte. Entsprechend war das Ergebnis des neuen Wettbewerbs. Zum Schluss haben alle Befürworter oder Gegner eines der Entwürfe irgendwie versucht zu tricksen. Aufgrund der aktuellen katastrophalen Entwicklung der Landes- und Kommunalfinanzen hat sich unsere Fraktion als einzige gegen jegliche Um- oder Neubaupläne ausgesprochen. Konsequenterweise haben wir in den Haushaltsberatungen des letzten Jahres gegen die Finanzierungspläne gestimmt. Mein

Kollege Dr. Sohn wird noch einiges dazu sagen.
Die Stimmung in der Bevölkerung gibt uns recht.
Das hat nicht mit Populismus zu tun.

Wie Sie mit der Stimmung in der Bevölkerung umgehen,
zeigt erschreckende Bürgerferne.

Ich habe noch nichts zum Thema Denkmalschutz
gesagt. Hier vereinen sich bei den Abrissgegnern
die Denkmalschützer mit denen, die an die finanzielle
Vernunft dieses Hauses appellieren. Im Verlauf
der Planungen habe ich mich zunehmend an
den Oesterlen-Bau gewöhnt. Aber nicht nur das -
ich muss das nicht sagen -, der Oesterlen-Plenarsaal
gefällt mir inzwischen. Das liegt vermutlich
auch daran, dass mich das Wettbewerbsergebnis
von 2010 insgesamt enttäuscht.
Trotz der Vorgaben des Denkmalschutzes bleibe
ich dabei: Ein Parlament darf auch über seinen
eigenen würdigen und dem eigenen Auftrag angemessenen
Rahmen entscheiden. Aber was entscheiden
wir heute? - Das ist die Frage, die ich am
Anfang gestellt habe. Entscheiden überhaupt wir,
oder entscheidet das staatliche Baumanagement,
das jetzt entsprechend den Wettbewerbsvorgaben
die Verhandlungen mit den Preisträgern führt?
Irgendwie soll unsere Entscheidung da einfließen.
Vielleicht führen die Verhandlungen aber auch zu
einem abwelchenden Ergebnis. Der erste Preisträger
hätte da eventuell Vorteile. Nein, stopp, hier
existieren ja auch unterschiedliche Rechtsauffassungen.
Meine Damen und Herren, das haben Sie alle
doch auch nicht gewollt. Dieses Parlament hat sich
in eine Situation hineinmanövrieren lassen oder ist,
von wem auch immer, in eine Situation hineinmanövriert
worden, aus der kaum noch zu entkommen
ist. Auch wenn ich für diesen Ausdruck einen
Ordnungsruf bekommen sollte, weil er der Bedeutung
der heutigen Debatte nicht gerecht wird: Die
letzten Wochen kamen mir zunehmend vor wie ein
Kasperletheater. Oder lassen Sie es mich vielleicht
angemessener mit Johann Wolfgang von Goethe
sagen:

„Und sie laufen! Nass und nässer
Wird's im Saal und auf den Stufen.
Welch entsetzliches Gewässer!
Herr und Meister! Hör mich rufen! -
Ach, da kommt der Meister!
Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister,
Werd ich nun nicht los.“

Wer jetzt noch helfen sollte, weiß ich allerdings nicht.

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile Frau Kollegin Helmhold das Wort.

Ursula Helmhold (Grüne):

Herr Klare, das müssten Sie eigentlich sogar schon wissen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als die Baukommission Anfang letzten Jahres ein Konzept auswählte, das den Abriss des heutigen denkmalgeschützten Plenargebäudes voraussetzte, hagelte es Kritik, die sich in der Frage des Heimatbundes verdichtete: Leichtfertig und geschichtsvergessen - sind so die Niedersachsen?

Der Landtagspräsident zog dann die Notbremse und ergänzte den erneuten Architektenwettbewerb scheinbar um eine Umbauoption, die allerdings durch die völlig auf den Neubau ausgerichteten Anforderungen bei Fläche und Belichtung nicht wirklich ernst gemeint war. So nahm die Sache ihren Verlauf.

Meine Damen und Herren, im Grunde stehen wir hier heute vor einem Scherbenhaufen: Beauftragt man den Sieger des 2010er Wettbewerbs, wird der Sieger aus 2002 klagen, beauftragt man diesen, klagt jener. Die Oesterlen-Witwe klagt wegen des Urheberrechts auf jeden Fall gegen den Abriss und auch gegen zu starke Eingriffe in den Bestand.

Der Finanzminister behauptet, das Parlament habe überhaupt nichts mehr zu sagen, und bei Abriss des Denkmals stehen wahrscheinlich deswegen Klagen ins Haus.

Durch eine Kette von Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen ist das Parlament in diese fatale Situation manövriert worden. Dieses unkluge Verhalten droht sich heute durch Unbelehrbarkeit und vielleicht auch Halsstarrigkeit fortzusetzen. Die CDU hat sich an dieser Stelle und in dieser Frage ziemlich zerlegt.

Herr McAllister, es ist wirklich aller Ehren wert, wie Sie hier eben versucht haben, die Zerrissenheit Ihrer Faktion in Stärke umzudeuten. Aber zwischen der Position der Tempel-Befürworter und der - ich nenne sie einmal- Sparkommissare, die am liebsten

gar nichts mehr machen wollen, liegen in Wirklichkeit natürlich Welten.

Was Sie hier vorgetragen haben, ist aus meiner Sicht nichts anderes als eine Art von Memorandum of Understanding: Wir sind uns in der CDU-Fraktion darin einig, dass wir uns nicht einig sind. - Ich hätte von Ihnen eigentlich etwas anderes erwartet. Sie hätten auch die Macht dazu gehabt und kurzfristig, glaube ich, auch die Weisheit.

Meine Damen und Herren, von einem Sorgenfall der Demokratie sprach die Hannoversche Allgemeine Zeitung im Zusammenhang mit dem Landtag und wirft die Frage auf, wie weit sich das Parlament vom eigentlichen Souverän, nämlich dem Volk, entfernen darf. Für mich stellt sich auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Volksvertretung. Bei dem Bau, gegen dessen Abriss wir Grünen hier heute streiten, geht es um das wichtigste und symbolträchtigste Baudenkmal der jungen Demokratie in Niedersachsen. Es ist so wichtig, dass Stimmen aus der gesamten Republik bis hin nach New York sich für seinen Erhalt einsetzen.

Wir alle müssen uns fragen: Wie gehen wir mit dem Baudenkmal um? Können wir den Abriss verantworten?

Wie viel Respekt haben wir vor Oesterlens Werk?
Wie viel Respekt haben wir vor der demokratischen Geschichte unseres Landes?
Und: Wie viel Respekt haben wir vor unserem eigenen Denkmalschutzgesetz? Gerade wir stehen doch in besonderer Verantwortung dafür, dieses Gesetz ernst zu nehmen!

Wir können uns doch nicht einfach mal eben über unser eigenes Gesetz hinwegsetzen. Mit welchem Recht sollen wir dann eigentlich noch von den Bürgerinnen und Bürgern verlangen, sich dem Denkmalschutzgesetz zu beugen?

Meine Damen und Herren, gibt es überhaupt das im Gesetz geforderte überwiegende öffentliche Interesse für den Abriss? Unsere Antwort an dieser Stelle heißt: Nein. Denn wie bei vielen anderen unwilligen Denkmalbesitzern wurden und werden Scheinargumente ins Feld geführt, um den Abriss zu begründen.

Wir brauchen für einen verkleinerten Landtag nicht

mehr Platz als vorher. Es müssen auch nicht alle Besprechungsräume möglichst Tageslicht haben. Das sind zwei wesentliche Kriterien, um eine Lösung zu verhindern und eine andere herbeizuplanen. Wir sind in diesem Plenarsaal vielleicht 40 Tage im Jahr, in den Besprechungsräumen jeweils einige Minuten, vielleicht einmal eine Stunde. Das lässt sich aushalten, auch wenn es nicht superoptimal ist. Ein Baudenkmal muss deshalb jedenfalls keinesfalls abgerissen werden.

Der Vorschlag des zweiten Preisträgers Gebhardt erfüllt alle Anforderungen und ist inzwischen vom Leiter der Denkmalschutzbehörde als denkmalsgerecht eingestuft worden. Mein Kollege hat darauf hingewiesen.

Der zweite Punkt, bei dem es um unsere Glaubwürdigkeit und um unsere Verantwortung geht, sind die Kosten. Es gibt ja einige hier im Hause, die inzwischen eine Nullvariante - will heißen: keine der Wettbewerbslösungen umzusetzen - vertreten. Wie man hört, gehören dazu der Ministerpräsident Wulff und auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, die sich an dieser Stelle in interessanter Allianz gemeinsam mit Frau Flauger von der Linken in die Büsche schlagen wollen.

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, vielleicht können Sie kurz unterbrechen, bis sich die Heiterkeit gelegt hat.

Ursula Helmhold (Grüne):

Die Linke macht an dieser Stelle übrigens einen erstaunlichen Salto: von anfangs energischen Abrissbefürwortern bis hin zu der Gar-nichts-mehrmachen-Variante jetzt. Dieser seltsamen Melange, die sich heute aus der Verantwortung als Eigentümer dieses Gebäudes stehlen will, muss ich Folgendes entgegenhalten: Die Volksweisheit „Der arme Mann lebt teuer“ - die arme Frau übrigens auch - trifft bei diesem Gebäude in besonderer Weise zu.

Die unaufschiebbaren Reparaturmaßnahmen sind im Beschlussvorschlag aufgezählt. Übrigens, Herr McAllister, manches, was Sie aufgezählt haben, haben wir nicht in unserem gemeinsamen Beschlussvorschlag, z. B. die Belichtungsfrage; uns war wichtig, dass das vorne nicht aufgeführt ist,

ich wollte nur klarstellen, dass das nicht in dem gemeinsamen Beschlussvorschlag steht.

Die Kosten für die unaufschiebbaren Reparaturmaßnahmen

plus den bei einer Nullvariante ausgelösten Schadenersatzansprüchen der Preisträger allein reichen schon an 25 Millionen Euro heran. Selbst wenn wir dieses Geld ausgäben, würden die funktionalen Schwächen und viele betriebswirtschaftlich teure Bestandsprobleme die Nutzbarkeit dauerhaft weiter einschränken und die laufenden Kosten unnötig hoch halten. Deshalb, meine Damen und Herren, ist Nichtstun aus unserer Sicht keine Lösung.

Für uns ist klar: Ein Umbau des Plenarsaals ist aus sehr unterschiedlichen Gründen, die wir im Beschlussvorschlag aufgezählt haben, erforderlich.

Ich nenne hier nur noch einmal alle anstehenden Reparaturen und die fehlende Barrierefreiheit. Meine Damen und Herren, wir helfen Ihnen mit dem von uns eingebrachten Beschlussvorschlag unter Nummer 3 B, nämlich den jetzigen zweiten Preisträger gemeinsam mit dem Preisträger des Wettbewerbs von 2002 zu beauftragen, gern aus der Bredouille, in die der Landtagspräsident Sie mit seinem Verfahren gebracht hat. Das Umbaukonzept wäre für einen Betrag von maximal 35 Millionen Euro realisierbar, insbesondere dann, wenn wir auf eine Tiefgarage verzichten, wenn wir darauf verzichten, die Fassaden aufzuschlitzen, damit auch noch der letzte Besprechungsraum Tageslicht hat. Dann kämen wir mit einem deutlich reduzierten Kostenrahmen aus der Sache heraus. Mit diesem Budget würden die Forderungen aus dem ersten Beschlusspunkt auf Grundlage des Entwurfs Gebhardt in Kooperation mit Koch/Panse erfüllt. Damit eröffnen wir die Chance, die Baukosten deutlich weiter zu senken, und würden vor allen Dingen die absehbaren Klagen und damit verbundene Zusatzkosten ganz vermeiden. Deswegen ist dies der sinnvollste Weg.

Übrigens, Herr McAllister, wir haben das immer gesagt. Auch wenn Sie noch so oft zitieren, ich glaube, es war aus der NWZ.

Wir haben immer gesagt: Wir wollen einen Neubau des Plenarsaals auf der Grundlage des Entwurfs des Preisträgers von 2002, nicht einen Abriss des Parlamentsgebäudes! Das sind doch zwei grundlegende Unterschiede.

Einen Abriss mit anschließendem Tempelbau - das können Sie vor den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern

in Niedersachsen nicht verantworten!

Was uns bei dieser Entscheidung gut ansteht, meine Damen und Herren, ist neben Bescheidenheit Sensibilität: behutsamer Umgang mit und Respekt vor dem historischen Erbe, den Wünschen der Bevölkerung, den Steuermitteln und Oesterlens Baudenkmal, d. h. die Umsetzung der Variante 3 B, die ein Weiterbauen im Sinne Oesterlens ermöglicht. Wie sagte er zur Eröffnung dieses Hauses 1962: „In Ehrfurcht vor dem Alten, mit Mut zum Neuen.“ So sollten wir es halten. Herzlichen Dank.

Präsident Hermann Dinkla:
Ich erteile dem Kollegen Schwarz von der FDP-Fraktion das Wort.

Hans-Werner Schwarz (FDP):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Meines Erachtens hat es neben der Debatte um das Nichtraucherschutzgesetz keine emotionalere Diskussion gegeben als diese um den Landtagsneubau. Die beiden Debatten unterscheiden sich eigentlich nur in einem Punkt: Bei der Debatte um das Nichtraucherschutzgesetz war das ganze Land betroffen. Beim Landtagsneubau sind die Emotionen in erster Linie in der Region Hannover konzentriert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir unterhalten uns über das wichtigste politische Gebäude im Land Niedersachsen. Ganz anders als Sie, verehrte Frau Helmhold, unterstelle ich, dass sich jeder von uns intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und gute Gründe für seine Argumente hat.

Die Jury war mit Fachpreisrichtern, den Experten, besetzt, an deren Kompetenz und Seriosität nicht die Spur eines Zweifels aufgekommen ist.

An der Meinung dieser Experten haben sich Sachpreisrichter ganz deutlich orientiert, was ja auch Sinn macht. Denn man hat als Politiker ja nicht unbedingt immer den Stein der Weisen in der Hand. insofern kann ich ganz spezielle Kommentare in der öffentlichen Berichterstattung nicht nachvollziehen. Ich möchte den Betreffenden einmal ins Stammbuch schreiben: Politiker sind kein Freiwild, das man je nach eigenem Gusto jagen und vor sich hertreiben kann.

Wir haben in dem zweiten Architektenwettbewerb Vorgaben gemacht, die sich grundsätzlich von denen unterscheiden, die vor zehn Jahren aktuell gewesen sind. Zur Entscheidung stehen definitiv zwei Entwürfe an - für den dritten hat sich bisher noch niemand ausgesprochen.

Für die FDP-Fraktion sind drei Dinge entscheidend: Kosten, Funktionalität und städtebauliche Entwicklung.

Zu den Kosten: Der Umbau im Bestand ist die mit Abstand risikoreichere Variante. Jeder, der jemals mit alter Bausubstanz umgegangen ist, weiß, dass es dabei immer und immer wieder zu Überraschungen kommt.

In aller Regel übersteigen die Kosten den Rahmen überdimensional. Dem wollen wir aus dem Wege gehen. Wir wollen ein Millionengrab verhindern. Wer sagt uns denn heute, was beim Einschneiden der sogenannten Schießschartenfenster passiert, ob es aufgrund der maroden Substanz plötzlich Risse nach sich zieht, die nicht mehr bearbeitet werden können?

Bei einem Neubau ist davon auszugehen, dass die Umsetzung im Kostenrahmen verlässlicher ist, vor allen Dingen, weil der zeitliche Faktor wesentlich leichter zu kalkulieren ist. Aus dem kommunalpolitischen Bereich weiß ich, dass eine Ausschreibung mit Festpreisgestaltung Sinn macht. Das dürfte sich bei einem Neubau leichter darstellen lassen als bei einem Umbau.

Zur Funktionalität: Ich habe in meinem ersten Redebeitrag vor ca. anderthalb Jahren darauf verwiesen, dass man bei einem Umbau in der Funktionalität von dem zu erhaltenden Baukörper abhängig sein wird. Genau so stellt sich das heute dar: Die Büro- und Besprechungsräume lassen sich über die sogenannten Schießschartenfenster nur eingeschränkt lüften. Der Raumzuschnitt ist mangelhaft. Welche Art von Möbeln soll dort eigentlich aufgestellt werden?

Die zahlreichen Stützen im Lobbybereich, im Restaurantbereich, im Besucherbereich ...

Die Freiheit, die Arbeitsabläufe effizient zu gestalten, besteht bei dem ersten Modell. Bei dem zweiten Modell spürt man eine Art Verkrampfung, um dem Denkmalschutz gerecht zu werden.

An dieser Stelle eine ganz kurze Anmerkung: Der Oesterlen-Bau ist ein denkmalgeschütztes Gebäude in toto. Es verdient nicht nur in der Fachwelt uneingeschränkten Respekt.

Aber, Herr Jüttner, wenn man einen solch massiven Eingriff in ein Denkmal vornimmt, wie es hier beabsichtigt wird, dann verändert man die Idee des Architekten und den Charakter des Gebäudes dermaßen massiv, dass von dem Werk nichts mehr übrig bleibt. Dann hat man Oesterlen verhunzt. Das wäre so, als wenn Sie im Denkmal der Göttinger Sieben die Figur des Jacob Grimm durch eine Figur von Herbert Schmalstieg ersetzen würden.

Zur städtebaulichen Entwicklung: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lese immer von der „großen Mehrheit der Bevölkerung“. Interessant ist, dass es sich um die große Mehrheit der Bevölkerung in der Region Hannover handelt. Auch interessant ist, dass diese „große Mehrheit“ den Umbau häufig deshalb bevorzugt, weil er kostengünstiger zu sein scheint. Das könnte aber, wie bereits angesprochen, ein fataler Trugschluss sein. Die „große Mehrheit“ spricht auch davon, dass man sich das „in der heutigen Zeit“ nicht erlauben könne. Wissen Sie, was in der heutigen Zeit alles passiert?

In der heutigen Zeit werden 25 Millionen Euro in den Anbau des Sprengel Museums investiert. In der heutigen Zeit leistet es sich die Stadt Stuttgart, 80 Millionen Euro in den Neubau der Stadtbibliothek zu investieren. Und der Brandenburgische Landtag wird für 120 Millionen Euro neu gebaut. Man muss es ja nicht gerade so machen wie beim Bau der Elbphilharmonie in Hamburg für 300 Millionen Euro.

Es gibt aber auch Niedersachsen außerhalb von Hannover, die ganz stolz darauf sind, Niedersachsen zu sein. Und je weiter man sich von Hannover entfernt, umso weniger emotional wird der Landtagsneubau begleitet. Ganz im Gegenteil: Besucher haben den Portikus des Leineschlusses vor Augen und finden ihn toll.

Der Oesterlen-Bau - bei allem Respekt - bleibt nicht nachhaltig in Erinnerung.

Ich möchte nachdrücklich die Position des Oberbürgermeisters von Hannover stützen, er wäre doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn er

sich diese Chance der städtebaulichen Entwicklung entgehen ließe.

Wir als Niedersachsen sollten in unserer Außendarstellung selbstbewusster sein. Unsere Gäste aus anderen Bundesländern - oder woher sie auch immer kommen mögen - sollten dieses Selbstbewusstsein im wahrsten Sinne des Wortes erkennen können. Ich werde auf jeden Fall für das Modell Nummer 1 stimmen.
Danke.

Präsident Hermann Dinkla:
Ich erteile jetzt der Kollegin Dr. Lesemann von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Silke Lesemann (SPD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Man sieht nur, was man weiß.“ So lautet eine auf die Kunstbetrachtung bezogene Äußerung Goethes. Dies gilt auch für diesen Plenarsaal. Wer sich näher mit ihm beschäftigt, der wird begreifen, warum er nicht einfach einem Glastempel Platz machen darf. Als ein herausragendes Symbol für den spezifisch niedersächsischen Weg der jungen Demokratie ist dieses Gebäude mit gutem Grund ein Baudenkmal. Es ist ein Meilenstein demokratischer Architektur und ein fundamentaler Beitrag zur Architekturgeschichte der Bundesrepublik. Mit einer Abrissentscheidung verlöre Niedersachsen selbst ein unverzichtbares Zeugnis seiner parlamentarischen Geschichte. Das, meine Damen und Herren, sollten wir nicht zulassen.

Sollen wir uns denn in spätestens 50 Jahren fragen lassen, warum wir einen Abriss nicht verhindert haben? - Nein: Wir sind zu einer umsichtigen und respektvollen Entscheidung im Umgang mit diesem geschichtsträchtigen Haus aufgefordert - und das nicht allein, um uns gegen den Vorwurf der Geschichtsvergessenheit zu wehren. Es steht viel mehr auf dem Spiel: der Verlust von Glaubwürdigkeit. Die Länderhoheit bei Kultur und Denkmalschutz bedeutet eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung. Das Denkmalschutzgesetz ist ein Gesetz dieses Hauses. Und wenn der oberste Denkmalschützer Niedersachsens den Abriss als einen Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz wertet, dann sollten wir uns nicht wundern, wenn Politik einen Autoritätsverlust erleidet.

Bürgerinnen und Bürger würden zwangsläufig

fragen, warum manche vor dem Gesetz gleicher sind als andere. Dieser Diskussion sollten wir nicht Vorschub leisten, meine Damen und Herren.

Die erst im August 2009 vom Wissenschaftsminister eingesetzte Landesdenkmalkommission Niedersachsen warnt zu Recht vor der „Aushöhlung der kulturpolitischen Glaubwürdigkeit“. Immerhin weist das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz dem Land eine besondere Pflicht zu, nämlich „die ihnen gehörenden und die von ihnen genutzten Kulturdenkmale zu pflegen“. Ein Opfer hätte die Abrissentscheidung in jedem Fall: das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz. Das können wir nicht zulassen.

Liebe Neubaubefürworter, Politik gerät in eine Glaubwürdigkeitsfalle, wenn beim Denkmalschutz mit zweierlei Maß gemessen wird. Was will ein Bundesland, das ohne zwingenden Grund eigene Denkmale zerstört, von den Bürgern künftig erwarten? Auf Ihre Antwort bin ich gespannt.

„Haben wir in Niedersachsen jeden Respekt verloren?“ Diese Frage des ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, gilt nicht nur für das Oesterlen-Gebäude, sondern auch für die Gesetze, die wir hier beschließen. Diese Gesetze müssen doch zuallererst für uns gelten, meine Damen und Herren. Ein Eingriff in das Baudenkmal Landtag oder dessen Abriss ist laut Denkmalschutzgesetz nur dann möglich, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse dieses verlangt. Aber wo bleibt der Nachweis dieses öffentlichen Interesses? Bisher - ich schaue nach draußen; vorhin konnte ich es tun - wird doch ganz deutlich ein öffentliches Interesse am Erhalt dieses Hauses vorgebracht. Parlamentsbauten müssen Anforderungen in Bezug auf Zweckmäßigkeit, Repräsentation und Denkmalpflege genügen. Denkmalschutz ist keine fundamentalistische Idee, die Weiterentwicklung und Benutzerfreundlichkeit ablehnt.

Wie der Oesterlen-Bau unter Einhaltung von Prinzipien des Denkmalschutzes weiterentwickelt werden und heutige Anforderungen erfüllen kann, zeigt der einzige denkmalrechtlich akzeptable Entwurf des Wettbewerbs, der von Gebhardt. Dahin gehend hat sich auch der oberste Denkmalschützer Winghart öffentlich sowie in der Baukommission des Landtags geäußert; Herr Hagenah hat bereits darauf hingewiesen.

Der gebhardtsche Entwurf - wie auch schon der Preisträger von 2002 - überzeugt funktional und trägt den Erfordernissen des Parlamentarismus im 21. Jahrhundert Rechnung. Warum also sollte abgerissen werden, wenn der Umbau im Bestand möglich ist?

Das Zitat „In Ehrfurcht vor dem Alten, mit Mut zum Neuen“ wurde zwar vorhin schon einmal angeführt. Es ist heute aber absolut passend. Diese Worte von Oesterlen bei der Grundsteinlegung für den Neubau des Niedersächsischen Landtags am 30. September 1958 charakterisieren auch die Idee des gebhardtschen Entwurfs. Das Motto sollte lauten: Das Vergangene in die Gegenwart tragen. Denkmalschutz braucht überzeitliches Denken und darf nicht dem Zeitgeschmack untergeordnet werden. Wir sind heute aufgefordert, keine emotionale Bauchentscheidung zu fällen, sondern eine verantwortungsbewusste Kopfentscheidung.

Lassen Sie bitte die Abrissbirne aus dem Spiel!
Danke.

Präsident Hermann Dinkla:
Ich erteile dem Kollegen Möhrmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Dieter Möhrmann (SPD):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre diesem Parlament seit 1982 an. Ich weiß noch, wie stolz ich war, dass ich damals als frei gewählter Abgeordneter in diesen Landtag einziehen konnte. Deshalb möchte ich mit einer Bemerkung beginnen, die genau darauf abzielt. Am Samstag gab es in einer großen Zeitung einen Kommentar, in dem auf „Erichs Lampenladen“ angespielt wurde. Meine Damen und Herren, ich finde diesen Vergleich mit dem Volkskammer-Palast unter aller Würde. Das lasse ich mir als Abgeordneter auch nicht gefallen.

Eigentlich müsste jedem Demokraten klar sein, dass die Geschichte der DDR und die Geschichte dieses Parlaments nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun haben.

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Entscheidung werden sich die niedersächsischen Abgeordneten dieser Wahlperiode kein Denkmal setzen. Vielmehr werden sie darüber abstimmen,

mit welcher Architektur sich die parlamentarische Demokratie in Niedersachsen in den nächsten Jahrzehnten für die Öffentlichkeit sichtbar darstellen soll.

Es geht um die Frage, was für den höchsten Repräsentanten des Landes, nämlich den Landtag, angemessen ist. Es geht um das wichtigste repräsentative Gebäude der parlamentarischen Demokratie in unserem Bundesland.

Natürlich geht es auch um Arbeitsbedingungen für Abgeordnete, um Energiekonzepte, um die unterlassene und jetzt notwendige Sanierung des vorhandenen Gebäudes, um erforderliche Brandschutzmaßnahmen, um die Wirtschaftlichkeit der Konzepte in der Umsetzung und natürlich auch - die Kollegen haben das schon angesprochen - um die Konkurrenz zu anderen wichtigen Aufgaben des Landes.

Bei diesen Fragen fällt es Populisten immer sehr leicht, Alternativen darzustellen. Jeder weiß auch, ob er nun als Bürgermeister ein Rathaus baut oder in einer anderen Funktion öffentliche Gebäude sanieren oder neu erstellen muss, in welche Konflikte man dabei kommt.

Meine Damen und Herren, deswegen bin ich stolz darauf, dass dieser Landtag - auch auf Vorschlag meiner Fraktion - jedem Einzelnen freigegeben hat, wie er sich in dieser Frage entscheidet.

Natürlich geht es auch um die Frage, wie dieser Landtag mit dem Denkmalschutzrecht umgeht. Ich werde nachher darauf zurückkommen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu stellen: Gibt es ein überwiegendes öffentliches Interesse? Wir werden sehen, zu welcher Abwägung ich komme. Es geht selbstverständlich auch um die Verrechtlichung der gesamten Frage, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben. Das beginnt bei Urheberrechten und endet im Vergaberecht mit der Konkurrenz zu früheren Wettbewerben.

Sich jetzt hierhin zu stellen und mit dem Finger auf den Präsidenten zu zeigen, finde ich aber nicht in Ordnung; denn wir waren alle daran beteiligt. Wenn auf jemanden mit dem Finger gezeigt werden muss, dann auf uns alle.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch um die Frage der Barrierefreiheit, die bei uns nicht

nur für die Abgeordneten nicht gegeben ist, sondern auch nicht für die Menschen, die unseren Beratungen zuhören wollen. Nicht zuletzt geht es auch um das Stadtbild von Hannover.

Letztlich bleibt die entscheidende Frage: Was sind die Maßstäbe für die Bedeutung des Gebäudes für die parlamentarische Demokratie? Was darf es uns wert sein?

Ich jedenfalls bin der Meinung, dass wir stolz darauf sein sollten, als demokratisch gewählte Abgeordnete in einer Demokratie zu leben und Demokratie auch täglich in einem Gebäude zu leben, das in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Ein Parlament braucht ein repräsentatives Gebäude, wo dieses stattfinden kann.

Ein solches Gebäude darf nicht nur funktional sein. Wie lange hat es gedauert, bis die Menschen in Deutschland sich ihre demokratischen Rechte erkämpft haben? Wir haben heute keinen König mehr, der Paläste baut. Die Demokraten bauen auch keine Paläste. Sie bauen sich aber angemessene Gebäude, in denen der demokratische Diskurs stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, wir sind seit Jahren in der Pflicht, zu handeln. Der vorhandene Bau ist marode. 35,4 Millionen Euro Sanierungskosten hat das Finanzministerium schon 2007 geschätzt. Jedes Zuwarten erhöht die entstehenden Kosten noch. Worauf Die Linke bei ihren Forderungen verzichten müsste, werden wir dann möglicherweise sehen. Ich hoffe aber, dass das keine Chance hat.

Ich bin froh, dass dies mit großer Mehrheit so gesehen wird und dass es nun zu Maßnahmen kommen kann.

Streitig ist die Frage des Wie und Was. 2007 waren die Grünen Vorreiter. Man wollte ein Klimapalais. Vorhin ist schon die Schlagzeile aus dem Weser-Kurier zitiert worden. Frau Helmhold, wenn

Sie möchten, kann ich sie auch noch einmal vorlesen. Die Grünen fordern inzwischen einen kompletten Neubau des Plenartraktes unter Klimaschutzaspekten.

Weiter heißt es: „Unser Modell kommt billiger als ein

Weiterwursteln", sagte Grünen-Fraktionschef Stefan Wenzel gestern in Hannover. Wir brauchen den großen Wurf statt nur herumzufuchteln.

Meine Damen und Herren, möglicherweise hat das damals besser in die Wahlkampfstrategie der Grünen-Fraktion gepasst als heute. Deswegen wird man sich wohl so entschieden haben.

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich kann Ihnen ein weiteres Zitat nicht ersparen. In dem Bericht des Finanzministeriums vom 8. Juni 2007 wird auch auf Ihren Vorschlag eingegangen. Dort ist zu lesen: Aus hiesiger Sicht ist die Schaffung eines Klimapalais, wie es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorschwebt, allerdings nur mit einem 35,4 Millionen Euro überschreitenden Ansatz zu realisieren. - So zu tun, als sei man in Sachen Populismus völlig unschuldig, lasse jedenfalls ich nicht zu.

Meine Damen und Herren, unser jetziger Landtagspräsident, Hermann Dinkla, hat sich mehr getraut als sein Vorgänger. Er hat sich vorgenommen, in breitem Konsens eine Lösung zu finden.

Ab 2008 setzte dann die öffentliche Diskussion ein, allerdings zunächst hauptsächlich in Hannover und zu Beginn sogar noch mit Unterstützung der Presse. Ich möchte aus der HAZ vom 22. November 2008 zitieren - ein Satz war -:

„Dazu gehört Mut.“

Am Ende des Kommentars konnte man lesen:

„Mit dem leicht versetzten Standort rückt der geplante neue Plenarsaal etwas weiter zum Rathaus hin; man kann auch sagen: näher an die Hannoveraner ran. Wenn sie dann auch noch stolz auf das Gebäude sein können, weil es eine Attraktion ist, dann sind die Millionen gut investiert.“
So weit die Hannoversche Allgemeine.

Die Neue Presse hat übrigens ähnlich kommentiert. Aber das alles hat sich ja nun geändert.

Es bleibt die Frage: Ist die veränderte Kritik berechtigt?
- Meine Damen und Herren, natürlich ist Kritik berechtigt. Jeder Demokrat weiß, dass Demokratie davon lebt, dass es Kritik gibt und dass man durch Kritik zu Abwägungen kommt, natürlich auch in Sachen Denkmalschutz und natürlich auch - ich sage das einmal so, weil ich dieses Wort

vom Kollegen Oestmann übernommen habe - bei der Frage: Machen wir hier ein Projekt, was auch mit Lustbarkeiten gesegnet ist? Könnten wir auf so manches vielleicht nicht doch verzichten? - Das muss abgewogen werden.

Meine Damen und Herren, dazu möchte ich Folgendes feststellen:

Erstens. Mit großer Mehrheit waren wir uns vor dem neuen Architektenwettbewerb einig, dass der Wettbewerb von 2002 u. a. wegen des heute erheblich größeren Sanierungsbedarfs über den Plenarsaal hinaus unter aktuellen energetischen Erkenntnissen sowie weiterer zusätzlich festgestellter Mängel keine Basis mehr für 2010 sein konnte. Raumbedarfe - dies ist vorhin noch gar nicht gesagt worden - wie die Trennung des Eingangsbereichs zwischen Besuchern und Abgeordneten, das Landtagsrestaurant, Funktions- und Technikräume sowie zusätzliche Parkmöglichkeiten wurden damals nicht betrachtet. Auf die fehlende Barrierefreiheit bin ich schon eingegangen. Zweitens. Die Bedingungen des neuen Wettbewerbs wurden mit breiter Mehrheit entschieden. Lediglich die Grünen waren bezüglich der Wählerwirksamkeit eines Klimapalais inzwischen unsicher geworden.

Drittens. Das Preisgericht hat mit namhaften Architekten unter Abwägung vieler Belange, auch des Denkmalschutzes, drei Entwürfe ausgewählt und dazu Weiterentwicklungswünsche formuliert.

Viertens. Alle Entwürfe blieben hinter so manchen Erwartungen, auch meinen eigenen, zurück. Aber, meine Damen und Herren, man kann sie weiterentwickeln. Die Preisträger von 2002 haben sich - warum auch immer - dieses Mal nicht am Wettbewerb beteiligt.

Fünftens. Es bleibt durchaus fraglich, ob der zweite Preisträger die Zustimmung des Denkmalschutzes findet. Die letzte dazu vorliegende Stellungnahme betont, es komme darauf an, ob es sich überwiegend um einen Neubau oder Umbau handle. Nur bei einem überwiegenden Umbau unterstützt der Denkmalschutz den zweiten Preisträger. Wörtlich heißt es dazu noch am 16. Februar 2010 in der HAZ - dies ist vorhin bereits zitiert worden -:
„Als Denkmalschützer muss ich aber betonen: Es wäre kein Erhalt des Denkmals gewesen, weil eine ganze

Menge abgebrochen worden wäre."

„Die Mauer zum Platz müsste weg,
das Dach müsste weg, der Sockel
würde durchlöchert, zum Fluss würden
schmale Fenster eingeschnitten -
so kann man mit einem Denkmal nicht
umgehen."

So weit das Zitat.

Wenn man sich die Stellungnahme der gleichen Behörde von
2002 anschaut und sie mit der heutigen vergleicht,
dann merkt man, wie beweglich die Beurteilung
geworden ist; denn damals formulierte die Behörde
zur möglichen Veränderung des Gebäudes außerhalb
des Innenraumes zu den Wandelhallen z. B.:
Verändernde Eingriffe in die Bausubstanz und die
Ausstattung sollten nicht zuletzt wegen des beeindruckenden
Erhaltungszustandes gänzlich vermieden
werden. - Welche Bewegungen seit 2002 und
jetzt wieder innerhalb weniger Tage!

Meine Damen und Herren, es gab auch ein Gutachten,
das, entgegen der Auffassung von Herrn
Jüttner, zu dem Ergebnis kam - dies mag man
teilen oder nicht -, dass die Frage der Denkmalschutzwürdigkeit
durchaus auch anders beantwortet
werden kann. Ich möchte ein Zitat aus diesem
Gutachten von Professor Seehausen bringen: Die
zur Begründung der Denkmalschutzeigenschaft
aufgeführten Argumente werden durch die gleichzeitig
angebotenen Kompromisse von der Denkmalpflege
selbst in wesentlichen Punkten wieder
aufgehoben. - So weit das Zitat.

Meine Damen und Herren, meine Anmerkungen
zum zweiten Preisträger - übrigens ähnlich wie der
Denkmalschutz noch vor wenigen Tagen: Wenn
zwei vorhandene Außenwände des Gebäudes mit
Schießscharten versehen werden sollen, wie es
der Plan der Architekten in der letzten Woche formulierte,
eine Außenwand gänzlich entfernt und
durch Glas ersetzt und der innen liegende, bisher
abgeschottete Plenarsaal aufgebrochen werden
muss - was bleibt dann eigentlich von denkmalschutzwürdiger
Substanz übrig?

Was passiert, wenn die Außenhaut die Schlitzungen
nicht mitmacht, wenn die vorhandenen Fundamente
für die neuen statischen Elemente nicht
ausreichen? - Für mich ist deshalb eindeutig klar:
Auch beim zweiten Preisträger wird das Baudenkmal geopfert.
Bleibt die Frage zur dritten Alternative: Ist eine
Sanierung im Bestand möglich? - Meine Antwort

dazu: Das kann ich mir durchaus vorstellen. Aber ich sehe aus kommunaler Erfahrung erhebliche Kostenrisiken. Dies wäre ein Verzicht auf wesentliche Bedingungen, über die wir uns zu Beginn der Tätigkeit der Baukommission geeinigt hatten, was ein Parlament heute an Funktionen erbringen können muss. Deswegen, meine Damen und Herren, kommt für mich die Lösung 1 infrage und nicht die Lösung 2.

Meine Damen und Herren, es kommen weitere Punkte hinzu: Die beiden ersten Preisträger können urheberrechtliche Probleme nicht ausschließen, wie auch immer man die Schreiben der Anwälte deuten will. Wir alle wissen: Eine endgültige Entscheidung werden wir erst bekommen, wenn sich Gerichte tatsächlich damit beschäftigen sollten. Meine Damen und Herren, der zweite Preis konnte mich auch deshalb nicht überzeugen, weil Fragen zu der sehr optimistischen Kostenschätzung und zur statischen Einschätzung der erforderlichen baulichen Veränderungen im Innern und bei der Außenhaut nur mit dem Hinweis auf die langjährige Erfahrung des beteiligten Statikbüros beantwortet wurden. Konkrete Nachfragen, ob man einmal geprüft habe, konnten nicht beantwortet werden. Mir reicht das deshalb nicht.

Meine Damen und Herren, ich spreche mich ganz eindeutig, wie auch der Oberbürgermeister, für die Alternative 1 aus, weil sie das Stadtbild Hannovers ganz anders prägen wird und weil sie die Funktionen erfüllen kann, die wir von dem Parlamentsgebäude insgesamt erwartet haben.

Lassen Sie mich noch auf die Einleitung von Professor Fingerhut in der Veranstaltung in der letzten Woche hinweisen. Er hat dort gesagt, er habe sich mit Hannover beschäftigt und bei seinen Zugreisen immer wieder Bilder der Landeshauptstadt betrachtet. Dabei sei ihm kein Bild aufgefallen, auf dem der Oesterlen-Bau abgebildet gewesen sei. Das spricht dafür, dass zumindest die Bedeutung, die ihm jetzt beigemessen wird, jedenfalls bei den Menschen, die publizieren, nicht in dieser Weise angekommen ist.

Man muss sicher noch weitere Umplanungen im Detail vornehmen, gerade auch im Hinblick auf die Folgekosten. Erste Überarbeitungen mit Kosteneinsparungsmöglichkeiten gab es ja schon. Die Chance, bei diesem Neubau im Kostenrahmen zu

bleiben, ist nach meiner Einschätzung bei dem Entwurf des ersten Preisträgers am größten. Ich möchte nicht als geschichtsvergessen gelten. Deswegen zitiere ich hier aus dem Protokoll des Preisgerichtes:

„Der Entwurf 1 beseitigt den Oesterlen-Bau, erhält jedoch den Portikushof. In der bewussten Absetzung des Baukörpers vom Leineschloss sucht er konsequent eine neue Bauidee und Formensprache, wobei er durchaus auf Einzelne Phasen in der historischen Entwicklung des Leineschlusses zurückgreift.“

Das ist für mich jedenfalls ein Beleg dafür, dass man es auch anders sehen kann als mein geschätzter Kollege Jüttner.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Meinungen zitieren. Die erste Meinung:

„Wenn sich die Anforderungen an so ein Gebäude grundlegend geändert haben, muss ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben werden.“

Das sagte der Präsident der Architektenkammer, Wolfgang Schneider, in der HAZ am 31. Januar. Wir haben eine Neuausschreibung durchgeführt.

Das zweite Zitat:

„Ich kenne kein Modell, das unter Beibehaltung der jetzigen Außenhülle überzeugt.“

In indirekter Rede ist dann zu lesen:

„Der jetzige Plenarsaal sei Zeugnis eines Zeitgeistes,“

- nun wieder wörtlich -

„der nicht mehr unserem Gefühl entspricht und den ich auch nicht für besonders schützenswert halte.“

In indirekter Rede heißt es dann weiter:

„Er habe nicht den Eindruck, dass die Menschen in Hannover und Niedersachsen emotional an dieser Außenhülle hängen.“

Das Zitat stammt von Ministerpräsident Christian Wulff vom 20. Februar 2009. Dem ist aus meiner Sicht nur hinzuzufügen, dass Herr Wulff genau wie die Grünen aktuell zurückrudert, weil wohl auch er meint, es sei wahltaktisch insbesondere vor der Kommunalwahl in Hannover höchstgradig gefährlich,

sich jetzt noch einmal für früher gewonnene Einsichten zu entscheiden. Man wird den Eindruck nicht los, es gehe nicht mehr um wirtschaftlich begründete Abwägungen, Herr Wulff, sondern um wahltaktische Überlegungen. Ich fordere Sie auf: Stehen Sie wie die große Mehrheit der Abgeordneten in diesem Hause - davon gehe ich aus - zu Ihrer Verantwortung. Wir haben seit 2002 zugewartet. Auch damals waren Sie es, der zumindest die Mitverantwortung dafür trug, dass weiter gewartet wurde. Wir sollten uns für den Entwurf des ersten Preisträgers entscheiden. Ich bin der Auffassung, dass ich nicht geschichtsvergessen bin, wenn ich dies sage. Lassen Sie uns für die nächsten Jahrzehnte bauen. Wir sollten heute mutig sein.
Danke.

Präsident Hermann Dinkla:
Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Helmhold das Wort.

Ursula Helmhold (Grüne):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Möhrmann, an welcher Stelle wir zurückrudern, erschließt sich mir überhaupt nicht. Wir sagen seit Jahren, dass hier etwas getan werden muss. Wir sind zwar in der Hinsicht, wie es getan werden soll, anderer Meinung als Sie, aber an unserer Grundposition hat sich überhaupt nichts geändert.

Was ich an dem, was Sie hier vorgetragen haben, aber wirklich nicht in Ordnung fand - - -

Präsident Hermann Dinkla:
Frau Kollegin, ich darf kurz unterbrechen. Wir haben bis jetzt eine wirklich angemessene Gesprächsatmosphäre bei diesem schwierigen Thema gehabt. Ich lege Wert darauf, dass das auch weiterhin so ist. Ich bitte die Gespräche einzustellen.

Ursula Helmhold (Grüne):
Ich finde erstens nicht in Ordnung, dass Sie hier, obwohl wir das eben schon einmal richtiggestellt haben, alte, überholte Stellungnahmen der Denkmalpflege wiederum zitieren.

Ich will zweitens etwas zur Frage der Fensterschlitze sagen. Sie haben hier zum einen auf die statischen Probleme und zum anderen darauf hingewiesen, dass diese Planung mit dem Denkmalschutz nicht vereinbar sei. Lieber Herr Möhrmann, ich gebe Ihnen darin sogar recht. Sie werden sich

aber daran erinnern, dass in der Baukommission sozusagen eine große Abwehrschlacht im Hinblick auf Ihre ständigen Anforderungen stattgefunden hat, dass alle möglichen Räume belichtet sein müssten, selbst die Besprechungsräume, in denen wir kaum sind.

Das hat dazu geführt, dass diese Lichtschlitze eingeplant werden müssen. Ich bin sofort dabei, wenn gesagt würde: Diese Planung verfolgen wir nicht weiter. Wir lassen die Außenhaut so, wie sie ist, ohne sie zu schlitzen. - Das würde es auch billiger machen.

Herzlichen Dank.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. Ich erteile dem Kollegen Dr. Sohn das Wort.

Dr. Manfred Sohn (Linke):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns in diesem Hause von ganz rechts bis links vermutlich alle einig: Politik ist vor allen Dingen eine Frage von Prioritätensetzung. Das gilt zeitlich und finanziell.

Um mit dem Zeitlichen anzufangen: Am letzten Donnerstag war eine Besuchergruppe aus einer Schule im Landkreis Peine hier bei uns. Bei einem solchen Besuch sind, wie Sie wissen, immer Vertreter aller Fraktionen eingeladen. Frau Polat von den Grünen war anwesend. Herr Möhle von der SPD war da. Auch ich war anwesend. Von der CDU und von der FDP war niemand da. Dort waren die Prioritäten eindeutig anders gesetzt. Die Schülergruppe hatte sorgfältig verschiedene Fragen vorbereitet. Es ging auch um den Landtagsneubau.

Ebenso ging es um den Zustand der Schulen, in denen unterrichtet wird. Die Schüler haben uns ein paar Bilder gezeigt. Die Bilder betrafen das Dach ihrer Schule. Wenn Sie bei uns einmal nach oben schauen, werden Sie feststellen, dass das Dach tatsächlich nicht besonders schön ist. Die Bilder, die die Schüler uns gezeigt haben - ich kann sie Ihnen gern zur Verfügung stellen, wenn Sie es möchten -, waren aber viel dramatischer: Da tropfte es durch, da quoll es auf und da mussten im Winter Töpfe hingestellt werden, um das Wasser aufzufangen.

- Ich komme gleich noch auf Ihre Frage. Herr Rolfes,

wenn Sie ehrlich sind, werden Sie zugeben müssen, dass Sie aus jedem Landkreis solche Bilder von Schulen, Krankenhäusern oder Hochschulen kennen, die dringend sanierungsbedürftig sind. Herr McAllister, es ist schlicht und ergreifend so, dass jeder Euro in diesem Land nur einmal ausgegeben werden kann. Das ist der Kern der Haushaltspolitik.

Deshalb haben wir - Sie wissen das; Sie kennen die entsprechende Broschüre - in der Haushaltsdebatte als einzige Fraktion gesagt: Ein solches neues Gebäude oder ein total entkerntes Gebäude mag ja schön sein. Aber die Lage im Lande ist nicht so. Sie müssen Prioritäten setzen. Solange die Schulen, die Krankenhäuser und die Hochschulen dieses Landes noch in dem Zustand sind, in dem sie sich befinden, müssen die Prioritäten so aussehen: erst das Land, dann die Parteien und ihre Abgeordneten. - Das muss die Reihenfolge sein, die die Haushaltspolitik bestimmt, nicht aber umgekehrt.

Herr Möllring - er sitzt wieder dort hinten, wo er hingehört -, Herr Wulff und Herr Schünemann - er muss ja irgendwann wieder auf die Oppositionsbank -, dazu gehört natürlich auch - dies zu Ihrer Frage, Herr Rolfes -, dass der kommunale Finanzausgleich so ausgestattet wird, dass die Landkreise und die Städte in der Lage sind, die Schulen so zu sanieren, dass sie sich nicht in dem Zustand befinden, in dem sie vielfach hier im Lande sind.

Sie haben über 500 Millionen Euro im Haushalt 2010 für den kommunalen Finanzausgleich und damit für die Schulen in den Städten und Gemeinden gestrichen. Diese Summe streichen Sie im Jahre 2011. Wenn Herr Möllring sich durchsetzt, soll das auch in den folgenden Jahren so weitergehen. Das ist die falsche Prioritätensetzung, gegen die wir uns wenden.

Die Linke ist, wie Sie wissen, in gewisser Weise in positivem Sinne die konservativste Kraft in diesem Haus. Sie ist nämlich die Kraft, die fundamentale Werte und ein paar fundamentale Prinzipien verteidigt. Dazu gehört auch die Frage des Respekts vor früheren Generationen und auch die Frage, wie man demokratische Entscheidungen trifft. Wir wenden uns, wie Sie wissen, gegen die Mentalität einer Wegwerfgesellschaft. Kapitalismus - ich

könnte Ihnen das etwas ausführlicher darlegen; ich verzichte darauf - ist im Innern eine Gesellschaft, in der Dinge weggeworfen werden, obwohl sie noch Gebrauchswert haben, weil sich jemand erhofft, man könne aus einem neuen Tauschwert Profit schlagen.

Das führt zu dem Irrsinn Berge weggeworfener Dinge, die noch nützlich sein könnten. Das ist ein ökologischer Unsinn, und das ist der Grund, weshalb wir eine antikapitalistische Partei sind.

Wir wenden uns natürlich gegen diese Wegwerfmentalität auch bei Gebäuden. Wenn nicht Kriege oder Unvernunft regieren, dann hält ein Gebäude 100 Jahre oder mehr.

- Oder mehr. Herr Thiele, wie Sie völlig richtig sagen: Oder länger! - Natürlich gibt es dann nach drei, vier oder fünf Jahrzehnten eine Reihe schönere, hellere, hübschere, modernere Gebäude in der Umgebung. Aber das ist doch für uns kein Grund, es dann abzureißen. Mit Verlaub - draußen würde ich sagen: Das ist irre. - Hier sage ich: Das ist unvernünftig! - Natürlich ist es richtig: Nach drei oder vier Jahrzehnten sollte dann auch einmal eine Dachreparatur drin sein - das scheint offensichtlich nötig zu sein - und auch eine neue Heizung.

Aber wir sind dagegen, dieses Gebäude, nur weil es scheinbar nicht mehr zeitgemäß sei, abzureißen oder völlig zu entkernen und de facto neu zu bauen.

Beides wird mehr als 45 Millionen kosten. Darauf wetten wir gemeinsam mit wöchentlich immer mehr Bürgern.

Die Linke ist also die Stimme der konservativen Vernunft in Sachen Parlamentsbau,

und sie ist damit, wie Sie wissen oder zumindest ahnen, auch die Stimme des Volkes, weil das Volk nämlich vernünftig ist; denn sonst wäre die Demokratie ja nicht vernünftig.

Weil Sie, meine Damen und Herren, das ahnen, waren Sie so bemüht, im Parlament gegen diese von Ihnen zu Recht geahnte Volksstimmung eine möglichst breite Mehrheit, ein breites Kreuz gegen die Stimmung im Land herzustellen.

- Die Linken waren wie immer, wenn es um die

ganz großen Hartz-IV/Afghanistan-Koalitionen geht, auch in dieser Sache außen vor. Das war Ihnen auch egal. Uns ist das recht.

Was ist nun dabei herausgekommen? Diese ganz große Koalition will auf jeden Fall- das werden wir nachher gemeinsam feststellen - die große Lösung, und zwar egal, was dabei herauskommt: Entweder Palazzo protzo oder der Palazzo schlitzo! Auf jeden Fall wird es eine Lösung sein, die im Kern bedeutet: Weg mit dem, was einige Jahrzehnte hier stand. - Darüber wünschten Sie dann sogar eine Änderung der Geschäftsordnung, damit Sie das Ding so bauen können, dass es nicht unbedingt der absoluten Mehrheit bedarf.

Wir haben gesagt: Na gut, wir stehen diesem Herzenswunsch dann nicht im Wege. - Das mögliche Ergebnis wird aber sein, dass dieser Palazzo protzo oder Palazzo schlitzo ohne die absolute Mehrheit der Stimmen dieses Hauses zustande kommt.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Jedes Gesetz, jeder einfache Entschließungsantrag in diesem Hause braucht diese absolute Mehrheit. Sie aber gehen bewusst das Risiko ein: Diese scheinbar so wichtige Entscheidung braucht diese absolute Mehrheit nicht. - Das Wegschieben eines noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert alten Gebäudes kann dann auch so passieren.

Da stellt sich natürlich die Frage: Warum macht man diesen Unsinn? - Ich möchte Ihnen einen Verdacht aus einer der vielen ungehörten Zuschriften dieses Landes äußern, die auch Sie und verschiedene Zeitungen erreicht hat. Der von mir hoch verehrte Herr Erhard - ich glaube, er sitzt auf einer der Tribünen -, ein alter Fahrersmann des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der also weiß, wo das Geld hier im Lande fehlt, hat, nachdem er sich darüber gewundert hat, was hier alles passiert, gesagt - ich zitiere -: Hinter der geplanten Übergroße des Plenarsaals versteckt sich das Gespenst eines irgendwann entstehenden Nordstaats. Einerseits wird Prunk und große Souveränität gegenüber anderen Ländern demonstriert. Andererseits könnte ein prachtvoller neuer Plenarsaal natürlich auch als Sitz eines künftigen Nordstaates infrage kommen. - Ich will das gar nicht weiter kommentieren. Das wäre aber zumindest eine Erklärung für den Unsinn, der sich heute hier abzeichnet.

Wir sind gegen das, was sich heute abzeichnet, und dafür, eine ganz einfache, klare niedersächsische Furche zu ziehen. Die Priorität in diesem Lande ruft nach Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Hochschulen. Wir sind für eine Renovierung, aber wir sind dagegen, dass es hier einen Totalabriss oder eine dem Totalabriss gleichkommende Totalentkernung dieses Hauses gibt. Bleibt also vernünftig, hört aufs Volk und lasst diesen Quatsch! Schönen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Meyer von der SPD-Fraktion gemeldet.

Rolf Meyer (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn kein Argument zu billig ist, um die eigene Argumentation zu stützen, dann nenne ich das blanken Populismus. Dieser blanke Populismus, den ich eben gerade gehört habe, kotzt mich an.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Gibt es den Wunsch nach Erwiderung? - Nein.

Meine Damen und Herren, ich halte das Haus einverstanden, dass wir damit die Blöcke für die Fraktionen - - -

- Herr Hagenah! Entschuldigung, das hatte ich nicht gesehen. Ich dachte, das wäre Ihre zweite Wortmeldung.

- Dann kommen Sie jetzt natürlich als Erster dran. Bitte schön!

Enno Hagenah (Grüne):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Meyer, das war nicht Populismus, das war ein Zeugnis davon, dass Herr Sohn scheinbar unter partieller Amnesie leidet; denn wir bekommen hier heute „Fundamentalismus“ von Ihnen, Herr Sohn, so definiert, dass man heute so und morgen so sein kann. Ich erinnere mich daran, wie Sie sich hier als Fraktion noch vehement für die offene Ausschreibung für 45 Millionen Euro eingesetzt haben. Das hat hier niemand vergessen.

Damit greife ich auch gleich das auf, was Herr Möhrmann zum Jahr 2007 ausgeführt hat. Damals

war ich schon in der Grünen-Fraktion. Ich weiß, was wir damals als Fraktion beschlossen haben. Es kann nicht angehen, dass Sie hier ein zugegeben interpretationsfähiges Zitat aus einer Zeitung im Land anführen, um unseren Fraktionsbeschluss umzudeuten. Wir haben damals auf Grundlage des Koch/Panse-Entwurfs, in dessen Jury ich im Jahre 2002 saß und für den ich mich deswegen in der Fraktion auch immer eingesetzt habe, diese Forderung gestellt. Ich erkenne immerhin an, dass heute eine breite Mehrheit in diesem Haus einen klimatechnisch korrekten Umbau will. Insofern haben wir damals auch etwas Richtiges gefordert.

Aber eigentlich ärgert mich an den Vorstellungen heute am meisten - das andere ist eigentlich nicht überraschend - der Versuch der CDU, uns und die Öffentlichkeit mit einer neuen Variante des Haseund-Igel-Spiels vorzuführen. Sie, Herr McAllister, besetzen gleichzeitig das von Ihnen eigentlich gewünschte Ziel- den Abriss -, aber auch den Start mit angeblich billigen und damit wohl nur notdürftigen Maßnahmen im Bestand. Dieser extreme Spagat ist weder glaubwürdig noch vereinbar.

- Er ist nicht vereinbar! Ich will Ihnen auch erklären, dass Sie damit in die eigene Falle laufen. Wie Sie soeben erklärt haben, wollen diejenigen, die vorher, unter Punkt 2, Nein gesagt haben, anschließend für den Palazzo protzo stimmen. Wie soll denn das funktionieren? Damit machen Sie doch deutlich, dass Sie das Nein unter Punkt 2 nur wegen des öffentlichen Drucks und nicht aus Überzeugung sagen.

Das ist ein inszeniertes Doppelspiel, das die Bürgerinnen und Bürger nun wirklich nicht honorieren werden. Ihre Sorge, dass Ihnen der Palazzo protzo während der kommenden Wahlkämpfe - bei der Kommunalwahl und auch 2012/2013 wegen des Landtags, der bis dahin noch nicht fertig gestellt sein wird -, auf die Füße fällt, ist durchaus berechtigt. Die Antwort darauf müsste aber eine andere sein, nämlich ein maßvoller Umgang mit der Substanz.

Anders als der Präsident sind wir überhaupt nicht der Meinung, dass alle Beschlussvarianten, die hier heute vorliegen, nach Recht und Gesetz sind oder dass das Verfahren transparent und in allen Schritten sorgfältig vorbereitet wurde. Da wurde getrickelt und einseitig interpretiert, dass sich die Balken biegen.

Ich muss aber zumindest die Originalität von Minister Möllring mit seinem Picasso-Bild honorieren, denn damit hat er für unser Bauproblem ein anschauliches Beispiel gefunden. Allerdings, Herr Möllring, wendet sich dieses Beispiel gegen den Urheber selbst; denn wer bei einem Picasso eine Ecke abschneidet - und nichts anderes wäre das Entfernen des Plenartraktes vom denkmalgeschützten Gesamtwerk Oesterlens -, handelt eben illegal. Insofern kommen Sie mit dem Wegschmeißen nicht aus der Tür. Sie werden die Klagen hier bekommen, und diese haben angesichts der Aussagen der Landesdenkmalschutzbehörde beste Rechtsaussichten, und das wissen Sie. Deswegen gibt es bei der Variante 2 von Ihrer Spitze her die Abse2bewegungen. Ich möchte einen Weg aus der Sackgasse eröffnen und noch einmal für den Beschlusspunkt 3 B werben, in dem alles zusammengefasst ist: in dem die Klageandrohung eingebunden ist, in dem die teilweise berechnigte Kritik an der Denkmalgerechtigkeit des Entwurfs Gebhardt, die im Wesentlichen in der hier zu verantwortenden Ausschreibung begründet ist, eingebunden ist. Es geht also darum, Gebhardt zu überarbeiten, denkmalgerechter zu machen und mit Koch/Panse zusammenzubringen. Die Bereitschaft beider Büros dazu liegt vor. Sie haben darauf positiv reagiert. Die Anwälte von Koch/Panse haben dies aufgrund des Gesprächs, das wir am vorigen Freitag beim Präsidenten hatten, gegenüber den Fraktionen sogar noch einmal schriftlich niedergelegt.

Das wäre ein Ausweg aus der verfahrenen Situation. Es würde verhindert, dass die Diskussion in den nächsten Jahren fort dauert und wir vielleicht drüben im Ausweichgebäude sitzen, während sich hier nichts tut, weil sich zunächst die Gerichte mit allem beschäftigen, und sich das Parlament insgesamt bis auf die Knochen blamiert.

Wir sind für den Entwurf von Gebhardt mit der Erweiterung, wie sie unter dem Beschlusspunkt 3b zum Ausdruck kommt; denn kein anderer Preisträger hat uns eine Erklärung des von ihm hinzugezogenen Statikbüros für die praktische und kostenmäßige Umsetzbarkeit des Baukonzepts vorgelegt. Herr Möhrmann, das liegt sogar schriftlich vor. Das war nicht nur die kurze Bemerkung in der öffentlichen Anhörung vor einer Woche; vielmehr haben sowohl das Statikbüro als auch das

Büro Gebhardt selbst dazu etwas schriftlich niedergelegt. Es hat ja auch bei der Vorstellung in der vorigen Woche seinen guten Ruf öffentlich in die Waagschale geworfen und uns mitgeteilt, dass man bei Einhaltung der Ausschreibungsbedingungen mindestens 10 Prozent, ja bis zu 30 Prozent unter dem Baukostenbudget in Höhe von 45 Millionen Euro bleiben kann. Dabei sind die Einsparmöglichkeiten nicht eingerechnet, die dann entstehen, wenn man denkmalgerechter baut...

... und keine Tiefgarage baut, was ja öffentlich nicht von irgendwem, sondern auch von Herrn Zentgraf oder von dem ehemaligen Landtagspräsidenten gefordert wird. Das sind ja keine Grünen Spökenkiedereien. Denken Sie auch daran: Das Auto ist in Zukunft vielleicht auch nicht mehr des Abgeordneten liebstes Stück. Der ÖPNV wird angesichts der Kohlendioxid-Probleme in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Ich sehe, auch was Ihre Fraktionen betrifft, mit Wohlwollen, wie groß der Konvoi vom Bahnhof hierher tagtäglich ist.

Da läuft auch der ultimative Angstmacher Möllring mit seinen Hinweisen ins Leere, der Umbau wäre ein Millionengrab, weil keine Bewehrungspläne für den Baubestand vorlägen. Herr Möllring, mit dem Problem, dass es über die Substanz häufig keine Pläne mehr gibt, müssen wir Architekten und Statiker uns wegen der erstaunlich schlechten Archivarbeit der letzten Jahrzehnte, gerade in Ihrer Hochbauverwaltung, ständig herumschlagen. Das ist keine Erschwernis mehr, sondern inzwischen leider Standard, mit dem Planer umzugehen wissen. Man kann auch keinen Vergleich mit den Baukostensteigerungen bei Herrn Oesterlen vor 50 Jahren anstellen, der das Parlamentsgebäude auf einer offen liegendebliebenen Kriegsruine errichtet hat. 1960 gab es die solide Wirtschaftswunderbauphase. Da wurde noch ohne viel Asbest und mit verlässlicher Bauleitung gebaut. Da hat keiner Stahlbewehrungen weggelassen, wie es heute mancherorts geschieht, um sich damit ein Zubrot zu verdienen. Auf diesen Fundamenten können neue statische Konstruktionen aufgesetzt werden.

Da, wo die Bewehrungspläne nicht vorhanden sind, macht man auf und rechnet nach. Das ist kein wesentlicher Kostenfaktor.

- Ich darf daran erinnern, dass der Kölner Dom

bautechnisch und auch von seiner Gründung her ein bisschen älter ist als dieser Oesterlen-Bau, der im Jahre 1962 fertig gestellt worden ist. Deswegen fordern wir Sie noch einmal auf: Zeigen Sie Mut und Verantwortung, und stimmen Sie mit uns für den denkmalgerechten und kostensparenden Umbau!
Vielen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, es gibt jetzt noch zwei Wortmeldungen innerhalb der vorhandenen Kontingente. Zunächst hat Herr Professor Zielke für die FDP-Fraktion das Wort.

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren über den Landtagsneubau sehr angeregt - wir und ebenso die Öffentlichkeit. Das hat auch psychologische Gründe. Es geht um ein Gebäude. Das ist etwas ganz Konkretes, Sichtbares und Anfassbares, etwas, wozu jeder spontan eine Meinung haben kann: „Finde ich gut“ oder „Gefällt mir nicht“. Die Diskussion verläuft nicht nur nach sachbezogenen Kriterien. Gerade weil Bauten so konkret und greifbar und dem Drauf-los-Meinen zugänglich sind, lässt sich damit prima der Neidkomplex bedienen, der gerechte Volkszorn gegen „Die da oben“, gegen die Politik, gegen die Abgeordneten mit ihrer angeblichen Selbstbedienungsmentalität heraufbeschwören.

Demgegenüber ist der niedersächsische Landtag das oberste vom niedersächsischen Volk in freier und geheimer Wahl bestimmte Gremium, das im Rahmen der Verfassung die Gesetze für das Land macht. Da berührt es schon eigenartig, mit wie leichter Hand in manchen Kommentaren mit unserer repräsentativen Demokratie umgegangen wird. Oesterlen hatte es sich zur Aufgabe gemacht, einen repräsentativen Bau zu schaffen, der die junge Demokratie repräsentieren sollte, und eben keinen reinen Zweckbau. Das gilt heute genau wie damals. Die vierte Gewalt kann der ersten Gewalt die Entscheidung nicht abnehmen.

Natürlich gibt es rechtliche Risiken. Aber das ist bei einem Projekt dieser Größenordnung und nach dieser Vorgeschichte gar nicht anders zu erwarten. Wenn wir den Realisierungswettbewerb jetzt abbrechen würden, dann gäbe es sehr wahrscheinlich und auch mit einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit

Klagen der Preisträger auf Schadenersatz.
Ob und in welcher Konstellation der Gewinner des Wettbewerbs von 2002 noch Chancen bei Schadenersatzforderungen hätte, sei einmal dahingestellt.

Wenn wir den Wettbewerb fortsetzen - was ich mir wünsche -, haben wir die Wahl zwischen zwei Entwürfen. Bei beiden Varianten kann es Probleme mit dem Urheberrecht und dem Denkmalschutz geben. Aber die Risiken sind bei der Variante B viel größer. Auf diese Variante B will ich jetzt eingehen. Die Erwartung zu hegen, dass der zweite Preisträger des jetzigen Wettbewerbs, Gebhardt, sich mit dem Sieger von 2002 auf ein neues Konzept einigen werde, ist nichts als ein frommer Wunsch und total unverbindlich. Herr Gebhardt war bei der Veranstaltung im Leibnizsaal in dem Punkt der Kooperation auffallend zurückhaltend. Was ist, wenn sie sich nicht einigen? Machen wir dann einen neuen Wettbewerb und starten die ewige Wiederkehr?

Ein anderer Punkt: In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom September 1962 schrieb Oesterlen selbst zu seiner fensterlosen Fassade - ich zitiere: „Die geschlossene Fassade - geschlossen, um keine neue Fensterfassade der klassizistischen Fassade entgegensetzen und alles Gewicht dem Portikus zu geben.“ Nun geht der Entwurf von Gebhardt den Weg, die Belichtung der Innenräume, die heute nur Kunstlicht haben, dadurch herzustellen, dass in die Granitfassade schmale hohe Fenster eingeschnitten werden. Herr Gebhardt hat das in seiner Präsentation sehr plastisch als „Oesterlen mit Schießscharten“ bezeichnet.

Das hat er auch selbst so gesagt. - Mit anderen Worten: Der Gebhardt-Entwurf mit Innenentkernung und angeblichem Erhalt der Außenfassade tut genau das nicht, sondern er verändert die Außenfassade in eine Richtung, die den Intentionen von Oesterlen diametral widerspricht und sie zerstört.

Dass da jemand den Urheberrechtsschutz und den Denkmalschutz verletzt sehen könnte, liegt auf der Hand.
Zum Schluss noch eines jener spontanen Urteile aus dem Bauch, wie ich es am Anfang dargestellt habe, nämlich mein eigenes: Auf mich hat die Granitfassade des Anbaus immer kahl und distanzierend gewirkt. Sie symbolisiert Abschottung von den

Bürgern und kalte Staatsmacht, eben Herrschaftsarchitektur der Ara Adenauer. Das können wir heute nicht mehr wollen.
Vielen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Ich erteile jetzt Herrn Thümler von der CDU-Fraktion das Wort.

Björn Thümler (CDU):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, Herr Hagenah, um eines noch einmal deutlich herauszustellen: Wir sollten aufhören, uns hier gegenseitig vorzulügen, dass der Entwurf 2 ein Umbaumaßnahme im Bestand wäre. Das ist er nämlich nicht.

Vielmehr sieht der Entwurf 2 eindeutig eine Entkernung der vorhandenen Hülle vor, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einer großen Veränderung der Gesamtfläche dieses Obergeschosses - denn der ganze Grund und Boden hier muss aufgerissen werden - und zu einer Veränderung der statischen Beziehungen führen wird, um den neuen Plenarsaalbereich überhaupt einbauen zu können.

Er reißt sämtliche Wände, die Sie hier sehen können, ab, und er schlitzt - das haben wir heute schon mehrfach gehört - die Seitenwände auf. Oder er schlitzt sie nicht auf. Das will ich jetzt gar nicht infrage stellen. In seinem Entwurf schlitzt er sie auf und macht diese Schießscharten dort hinein, wie er selber vorgetragen hat.

Was er nicht beantwortet hat, sind die Fragen, die mit dem Sockelgeschoss zu tun haben. Danach ist er auch in der Veranstaltung hier gefragt worden. Das ist aber ein zentraler Punkt, zu dem bis heute keine Antwort vorliegt.

Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, dass wir so tun, als hätten wir bei der dritten Abstimmung den Gegensatz zwischen nur Neubau - nämlich Entwurf 1 - und Abriss bzw. Umbau im Bestand.

Beides ist faktisch ein Neubau und keine Erhaltung des Bestandes.

Sehr geehrter, geschätzter Kollege Limburg - weil Sie immer schreien „Nein, das ist natürlich nicht so“ -, lesen Sie doch einfach im Protokoll des Preisgerichts nach, was da geschrieben steht! Dann werden Sie schon bei der Bewertung durch

die Jury feststellen, dass es sich auch bei Entwurf 2 de facto um einen Neubau handelt und um nichts anderes.

Wir sollten aufhören, hier das Gegenteil zu behaupten. Darum möchte ich Sie herzlich bitten, weil es doch erheblich zur Wahrheitsfindung beiträgt. Vielen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir uns darüber einig sind, dass die allgemeine Aussprache jetzt beendet ist. Jetzt folgen die Zweiminutenbeiträge, auf die jeder ein Anrecht hat und zu denen sich jeder zu Wort melden kann. Bei diesen gibt es keine Kurzinterventionen mehr; darauf hat man sich vorher geeinigt. Die erste Wortmeldung kam von Frau Andretta von der SPD-Fraktion. Bitte!

Dr. Gabriele Andretta (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meiner Entscheidung für Entwurf 1 oder 2 habe ich mich von zwei Fragen leiten lassen. Die erste Frage ist: Welcher Maßstab soll für mein eigenes Handeln gelten? Darf ich künftig von den Bürgern erwarten, dass sie sich um unser kulturelles Erbe kümmern und unsere Baudenkmäler bewahren, wenn ich als Abgeordnete das selbst nicht so ernst nehme? Wie viel Autorität verliert ein Parlament, das von den Bürgern die Beachtung des Denkmalschutzes erwartet, sich selbst aber ausnimmt? Meine zweite Frage lautet: Wie soll sich ein Parlament im 21. Jahrhundert präsentieren? Welche Architektur, welche Formensprache ist angemessen?

Das Parlament als erstes Haus der Demokratie sollte ein Ort der Beständigkeit und Verlässlichkeit sein. Es sollte für Transparenz der Macht stehen.

Bei Betrachtung des Yi-Entwurfs habe ich mich gefragt: Braucht man für Transparenz Glasfassaden, einen Glastempel? Spiegeln diese nicht nur ein Bild von Transparenz und täuschen Transparenz nur vor? Und warum Säulen? Ausgeliehen aus einem jahrhundertealten Arsenal, angefangen bei der Renaissance über Aufklärung, Historismus und Faschismus bis hin zum Neohistorismus von heute dienen sie einem einzigen Zweck modischer Repräsentation. Daher war die Assoziation des Architekten mit Claudia Schiffer nicht zufällig. Anders dagegen der Gebhardt-Entwurf: Er bewahrt,

ja verbessert die Klarheit des Oesterlen-Baus, und er widersteht der Versuchung zur Dekoration. Herr Zielke, mit dem Mief der Adenauer-Ara hat dieser Bau nichts zu tun. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Der Gebhardt-Entwurf ist ein Entwurf mit Respekt vor der Geschichte unserer jungen Demokratie und Klarheit in der Aussage, ein Entwurf, der Neues schafft, ohne Altes zu zerstören.

Meine Damen und Herren, diese Haltung des Respekts und der Kontinuität stände uns in dieser Zeit gut an. Ich werde gegen den Abriss und für den Umbau stimmen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :

Meine Damen und Herren, ich möchte die Besuchergruppen noch einmal um Verständnis dafür bitten, dass die Abgeordneten jetzt nicht in die Gruppen zur Diskussion gehen können, sondern dieser Debatte hier folgen. Die nächste Rednerin ist Frau Behrens von der SPD-Fraktion.

Daniela Behrens (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Denkmalschutz und Denkmalpflege sind die tragenden Säulen der niedersächsischen Kulturpolitik. Deswegen muss das Landesparlament heute sehr umsichtig mit seiner Entscheidung zur Zukunft dieses Landtagsgebäudes umgehen. Als Kulturpolitikerin bin ich der festen Überzeugung, dass heute von diesem Parlament nur eine Antwort gegeben werden kann: ein deutliches Votum für den größtmöglichen Erhalt des Oesterlen-Baus. Die besondere Bedeutung des Denkmalschutzes und die Anforderungen an einen modernen Parlamentsbetrieb, wie wir ihn alle wollen, können mit dem zweiten Preisträger umgesetzt werden.

Erstens. Die Ausgewogenheit des Oesterlen-Baus und seines Gebäudekomplexes können bewahrt werden.

Zweitens. Die Symbolik des historischen jungen Landes Niedersachsen, welche im Oesterlen-Bau identitätsspiegelnd wiedergegeben ist, geht nicht verloren und kann heute auch als Symbol für den Aufbruch in eine neue Zeit fortentwickelt werden. Nicht zuletzt stellt sich der Gesetzgeber, nämlich dieses Landesparlament, nicht über seine eigenen

Gesetze und führt den sonst für wichtig erklärten Denkmalschutz nicht ad absurdum. Wie wollen wir uns eigentlich noch glaubhaft, nachvollziehbar und nachdrücklich für die Denkmalpflege in diesem Land einsetzen, wenn wir uns selber über das Gese2 stellen und ihn bei der erstbesten Gelegenheit auch in diesem Hause nicht ernst nehmen?

Geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Gebhardt-Entwurf ist die vertretbare Antwort auf die Fragen von architektonischer Klarheit, von Geschichtsbewusstsein, von Denkmalschutz. In ihm kann sich auch das Parlament in dieser Zeit präsentieren und modern arbeiten. Ich bitte Sie daher: Stimmen Sie mit mir für den zweiten Preisträger!
Danke schön.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat sich Herr Aller von der SPD-Fraktion gemeldet.
Heinrich Aller (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass aus der Fraktion der Sozialdemokratie hier so unterschiedliche Meinungsbilder vorgetragen werden, macht deutlich, wie intensiv, wie fachorientiert und wie offen diskutiert worden ist. Deshalb bin ich erst einmal sehr dankbar, dass wir die Abstimmung freigegeben haben und es möglich ist, in diesem Parlament unterschiedliche Positionen in aller Klarheit darzustellen.

Ich stimme für die Variante 1 von Professor Yi und tue dies aus guten Gründen. Diese Gründe wurden von Herrn McAllister - in Bezug auf das Verfahren - und von Herrn Möhrmann - in der sachlichen und fachlichen Begründung - schon gut vorgetragen.

Wenn sich Herr Dr. Sohn und der Chefredakteur der HAZ verbal und inhaltlich verbinden, dann werde ich bei der inhaltlichen Aussage skeptisch.

Einige Punkte des Verfahrens sind für mich aufgrund der Erkenntnisse von 2002/2003 von Anfang an ganz wichtig gewesen:
Der erste Punkt: Das Verfahren ist ergebnisorientiert angelegt und gibt dem Landtag die zweite und letzte Chance, einen Landtagsneu- oder -umbau zu organisieren. Sonst braucht er es nie wieder zu versuchen. Ich bin dem Herrn Präsidenten dankbar, dass es gelungen ist, die Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und zeitweise auch der Grünen in diesen konstruktiven Prozess einzubeziehen.

Der zweite Punkt: Das Verfahren ist einvernehmlich mit Kommission, Jury und Wettbewerb auf den Weg gebracht worden und hat in der Bereitstellung von maximal 45 Millionen Euro mit der Verabschiedung des Haushalts 2010 gegipfelt. Da haben die Koalition und die SPD in diesem Punkt zusammengestanden und gesagt: Dies ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen. - Spätestens da hätte sich jeder, der Probleme mit dem weiteren Fortgehen gehabt hätte, melden müssen, Alternativen ansprechen und sagen müssen, was er will.

Auch da hat sich die Öffentlichkeit noch nicht wesentlich in die Diskussion eingebracht.

Nach der Vorlage des Wettbewerbsergebnisses war klar, dass es im Kern nur zwei Alternativen gab. Das war aber in der Kompromissbereitschaft des Wettbewerbs angelegt: Neubau - man sollte nicht immer nur von Abriss reden - oder Teilabriss und Teilrenovierung im Bestand. Über diese beiden Alternativen war am Ende zwangsläufig zu entscheiden, und zwar nach meiner Einschätzung durch das Parlament. Deshalb ist alles Beiwerk der Debatte zur Seite zu schieben, weil die wesentlichen Kriterien, die als Vorgabe in den Wettbewerb gegeben worden sind, eingehalten wurden. Alle - dafür bin ich Herrn Professor Fingerhuth sehr dankbar -, die in der Kommission dafür gestimmt haben, dass Professor Yi auf PlaE 1 gekommen ist, sind ja keine Deppen im Geschäft. Das sind hoch qualifizierte Leute, die mit 14: 4 abgestimmt haben: Yi auf Platz 1, Gebhardt auf Platz 2. Diesem Votum habe ich mich angeschlossen.

Wenn ich die Debatte rückblickend betrachte, stelle ich fest: Kostenrahmen - kein Problem mehr, weil beide Projekte wenigstens gleich teuer würden, das eine mit hohem Risiko belastet. Denkmalschutz - neutralisiert in der Debatte und in der Bewertung durch die jeweiligen Wortmeldungen. Das Letzte, was ich für wichtig halte: Einbindung in das Stadtbild von Hannover. Da folge ich dem Oberbürgermeister voll und ganz und bin dankbar dafür, dass er sich so klar positioniert hat, viel klarer als andere.
Vielen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Meine Damen und Herren, damit Sie eine Übersicht haben: Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen zu diesen Kurzbeiträgen. Die nächste Rednerin

ist Frau Polat von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Filiz Polat (Grüne):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Auch ich habe mich hier zu Wort gemeldet. Einige von Ihnen wissen, dass ich in meiner Fraktion auch für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege zuständig bin. Aus diesem Grund möchte ich diesen Aspekt hervorheben.
Wir diskutieren heute über den Abriss dieses Plenargebäudes oder den Umbau bzw. Neubau, wie es Herr Thümler gesagt hat.

Die Variante 2 ist unstrittig ein klarer Eingriff in ein Denkmal. Das können wir so festhalten. Nichtsdestoweniger ist für mich als Abgeordnete, die sich auch dem Denkmalschutz verpflichtet sieht, wichtig, deutlich auf Artikel 6 unserer Niedersächsischen Verfassung hinzuweisen. Ich möchte mich auch für den sehr interessanten und sachlichen Vortrag von Frau Dr. Lesemann zum Denkmalschutzgesetz bedanken. Der Paragraph 2 dieses Gesetzes lautet:

„Aufgabe des Landes ist, für den Schutz, die Pflege und die wissenschaftliche Erforschung der Kulturdenkmale zu sorgen.“

Das gilt natürlich auch für ihre eigenen Denkmale. Denkmale sind nach Paragraph 1 „zu schützen, zu pflegen und wissenschaftlich zu erforschen“.

Von verschiedenen Rednerinnen und Rednern und auch von meiner Kollegin Frau Helmhold wurde gesagt: Das ist eine emotionale Entscheidung. Aber es muss eine Entscheidung sein, die auch für zukünftige Generationen noch haltbar ist. Ich finde - das wurde in verschiedenen Schreiben an uns und alle Abgeordnete mitgeteilt -, dieser Landtag - da zitiere ich aus einem Schreiben - ist ein künstlerisch herausragendes Beispiel für einen Parlamentsbau der jungen deutschen Demokratie. Das gilt es zu erhalten.

Wenn Sie dieses Gebäude abreißen, dann erhalten Sie diese Idee, dieses Gebäude nicht mehr. Gebäude sind dazu da, Geschichten zu erzählen. Gebäude sind dazu da, unser kulturelles Erbe widerzuspiegeln. Ich finde, dieses Gebäude ist ein Teil unseres kulturellen Erbes, des kulturellen Erbes Niedersachsens. Daher werde ich für die Variante 2 stimmen.
Vielen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :

Meine Damen und Herren, nächster Redner ist Herr Watermann von der SPD-Fraktion.

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst muss man, glaube ich, sagen: Wir reden hier über ein Parlamentsgebäude, ein öffentliches Gebäude, das allen Niedersächsinen und Niedersachsen gehört und nicht den Abgeordneten. Wir tragen die Verantwortung für dieses Gebäude und damit auch für die Erhaltung dieses Gebäudes. Man gibt Schuld nicht nur in Form von Geldschulden auf der Bank weiter, sondern man gibt Schuld an nachfolgende Generationen auch dann weiter, wenn man Gebäude marode werden lässt. In dieser Verantwortung stehen wir. Wenn wir in dieser Verantwortung stehen, haben wir nach dem Wettbewerb abzuwägen, welcher der richtige Weg ist.

Mir ist die Fähigkeit nicht gegeben, zu sehen, wie die rechtlichen Auseinandersetzungen, die sich ankündigen, letzten Endes ausgehen werden. Meine Fähigkeit ist es auch nicht, vorherzusagen, ob der Umbau im Bestand oder der Neubau höhere Risiken birgt. Weil ich das nicht kann, muss ich nach anderen Gesichtspunkten abwägen: Aus meiner Sicht sind wir in der Situation, dass der Wettbewerb einen ersten Preisträger gebracht hat. Für mich ist es auch so - das ist meine persönliche Abwägung -, dass nicht Gebäude die Geschichte weitererzählen, sondern die Menschen, die in ihnen gearbeitet haben. Ich bin auch durchaus ein Vertreter dessen, im Denkmalschutz Abwägungen zuzulassen, die ich auch im kommunalen Bereich schon zugelassen habe, nämlich dass man sich auch von etwas trennen kann, um etwas Neues zu entwickeln.

Ich habe hohen Respekt vor denen, die dafür sind, dass wir im Bestand umbauen. Ich respektiere das und rede mit keinem Satz deren Motive herunter. Ich wünsche mir, dass meine Entscheidung für den Siegerentwurf genauso gesehen wird und dass wir gegenseitig vorsichtig mit den Begriffen „Tempel“, „Säulen“, „Schießscharten“ sind und die Projekte so nicht nach unten ziehen.

Ich denke, es gibt immer gute Begründungen für jeden Einzelnen Weg. Ich entscheide mich für einen Neubau, weil ich glaube, dass er auch hier im

Stadtbild Akzente setzen kann, und weil ich glaube, dass jede Zeit ihre Gebäude entwickeln muss und nicht nur Historisches. Das ist meine Einschätzung und meine Entscheidung.

Ich bin froh, dass diese Abstimmung freigegeben ist. Als ich diese Idee zum ersten Mal im kleinen Kreis entwickelt habe, war das alles Utopie. Ich glaube, das ist eine gute Entscheidung. Ich wünsche mir, dass diejenigen, die über uns schreiben, gelegentlich aufpassen, ob sie wirklich immer das gesamte Volk hinter sich haben. Vielen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, nächster Redner ist Herr Wulf von der SPD-Fraktion.

Wolfgang Wulf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich unter zwei Aspekten gemeldet: einerseits als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses, in dessen Sektor der Denkmalschutz angesiedelt ist, und andererseits als Abgeordneter, der diesem Parlament jetzt im 16. Jahre angehört.

Unter dem letzten Aspekt ist mir völlig klar, dass dieses Hohe Haus schon längst nicht mehr den modernen Anforderungen der Parlamentsarbeit genügt. Weder die Arbeitsbedingungen hier im Plenum ohne die technischen Möglichkeiten, wie sie in anderen Parlamenten längst gang und gäbe sind, noch die - um es einmal so zu sagen - atmosphärischen Bedingungen, die bei Plenartagen regelmäßig hier im Saal auftauchen und unter der Bezeichnung „Bunkergefühl“ zusammengefasst werden können, sind länger tragbar. Abgesehen von der maroden Bausubstanz ertordert ein effektives Arbeiten dringendst Erneuerungen.

Eine reine Sanierung, wie sie als Bescheidenheitslösung vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen worden ist, ist - das wissen eigentlich alle Beteiligten - eigentlich nur eine Notlösung, die weder substanziell hilft, noch eine Perspektive aufweist. Wie Wolfgang Jüttner ausgeführt hat, war es in der Tat schon ein Fehler, die grundlegende Neugestaltung des Plenarbaus in der letzten Legislaturperiode zu verschieben. Ein noch größerer Fehler wäre es, jetzt nicht in die Hufe zu kommen. Wer in diesen Wochen nicht daran geht, etwas entscheidend Zukunftsorientiertes zu beschließen, der hat die gleichen Probleme in einigen Jahren wieder. Wer will sagen, ob die Finanzlage dann

wesentlich besser ist. Daher bin ich als langjähriger Abgeordneter eindeutig für eine Neugestaltung jetzt.

Als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses liegt mir aber natürlich genauso auch der Denkmalschutz am Herzen. Ich kann die Bedenken vieler verstehen, die befürchten, ein gewachsenes Stadtbild würde zerstört und ein schon historisch gewordenen Gebäude, das 50 Jahre Parlamentsgeschichte Niedersachsens darstellt, würde sozusagen auf dem Haufen der Geschichte landen. Auch Gebäude, lieber Uli Watermann, haben und erzählen Geschichte. Darum bin ich dafür, zwar eine grundlegende Neugestaltung und Modernisierung zu entwickeln, aber im Bestand. Dabei kann man meiner Ansicht nach durchaus wesentliche Charakterzüge des Oesterlen-Baus wahren.

Dabei bleiben durchaus auch denkmalschutzwürdige Bestandteile erhalten. Mich überzeugt daher am meisten der zweite Platz des Architektenwettbewerbs, nämlich der Gebhardt-Entwurf, für den ich mich deutlich ausspreche, und zwar im Sinne einer Kooperation mit dem Preisträger des Wettbewerbs 2002. Zum Schluss möchte ich als Oldenburger Abgeordneter noch eine vielleicht nicht ganz ernst gemeinte, augenzwinkernde Anmerkung machen. Wir haben in Oldenburg einen Landtagsbau stehen. Der stünde zur Verfügung. Platz genug für einen Neubau hätten wir übrigens auch. Danke schön.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, nächste Rednerin ist Frau König von der FDP-Fraktion.
Gabriela König (FDP):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Denkmalschutz ist eine sehr wichtige Aufgabe, der wir uns immer wieder stellen müssen. Auch ich bin der Meinung, dass Denkmäler dort erhalten werden müssen, wo sie vernünftig und richtig am Platze stehen und wo man sie auch so belassen kann.

Mir gibt zu denken, was von diesem Denkmal am Schluss übrigbleiben wird. Was in diesem Raum ist denn eigentlich denkmalgeschützt oder denkmalwürdig? Ist die Kragplatte über uns nicht eine Art Denkmal? Ist der ganze abgeschlossene Raum, in dem wir hier sitzen, nicht eine Art Denkmal? Was

bleibt von der Außenfassade noch übrig? - Wenn wir das Gebäude von außen betrachten, sind es zwei Wände, und diese zwei Wände werden sehr stark verändert.

Für mich bleibt von diesem Denkmal nicht allzu viel übrig. Ich bin der Meinung, dass in diesem Fall sehr stark in die Richtung diskutiert werden muss, ob das Denkmal hinterher überhaupt noch denkmalwürdig ist.

Wenn die Statik dermaßen beeinflusst wird, muss man sich noch einmal der Grundsubstanz widmen. Das Kragdach mit seiner statisch sehr aufwendigen Konstruktion, das darüber befindliche Dach, das auf dem Innenmauerwerk ruht, und die Kuppel, die darüber liegt, all das muss entfernt werden. Übrig bleiben zwei Außenwände, die abgestützt werden müssen. Darüber hinaus muss man in die Gründung, in den Boden hinein. Wir müssen das untere Mauerwerk betrachten, von dem uns heute niemand sagen kann, in welchem Zustand es sich befindet.

Das sind die Kriterien, auf deren Grundlage wir beurteilen müssen, ob der Kostenrahmen, der in diesem Wettbewerb vorgegeben ist, wirklich eingehalten werden kann. Dass er eingehalten werden kann, wage ich aus meiner Verantwortung für den Bau und aufgrund der Erfahrungen, die ich gesammelt habe, aber zu bezweifeln; denn immer dann, wenn wir im Bestand gebaut haben, haben wir uns Schwierigkeiten gegenübergesehen, die nicht einkalkuliert waren und deren Beseitigung immer ins Geld gegangen sind. Nicht ein einziges Mal konnten die Maßnahmen im geplanten Rahmen umgesetzt werden.

Ich bin mir ganz sicher, dass das auch im vorliegenden Fall nicht gelingen wird. Aber mit einem Neubau befinden wir uns hier auf der sicheren Seite.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :

Als Nächster hat sich der Abgeordnete Nacke von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es fällt auf, dass der Denkmalschutz in der Beratung eine besondere Herausforderung mit sich bringt. Es ist nachvollziehbar, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Wissenschaft und Kultur hier ihre Position darstellen. Die

Herausforderung, ein Denkmal zu nutzen bzw. die Funktionalität eines Denkmals herzustellen, ist ja nicht neu - nicht neu für die Menschen im Land, aber auch nicht neu für das Land; denn in jeder großen Stadt und auch in vielen kleinen Städten befinden sich viele das jeweilige Stadtbild prägende Gebäude im Eigentum des Landes. Ich erinnere nur an die Hochschulen, an die Theater, an die Museen oder die Gerichtsgebäude.

Bei all diesen Gebäuden stehen wir in jedem Jahr vor der Frage: Wie schaffen wir es, die Funktionalität, die Darstellung und die Nutzung dieses Gebäudes mit dem Denkmalschutzgedanken in Übereinstimmung zu bringen? - Ich wehre mich dagegen, dass viele Kollegen hier den Eindruck erwecken, dass für denjenigen, der dem Denkmalschutz besondere Aufmerksamkeit widmet, am Ende nur der zweite Platz des Architektenwettbewerbs oder der Umbau im Bestand bleibe. Ich glaube, alle Varianten - der erste und der zweite Sieger sowie auch der Umbau im Bestand - würden eine besondere Herausforderung und eine besondere Belastung für die Ideen des Architekten Oesterlen mit sich bringen. Ich glaube aber auch, dass am Ende alle Varianten mit den Bestimmungen unseres Denkmalschutzes in Übereinstimmung zu bringen sind.

Ich werde mich für den Sieger im Architektenwettbewerb entscheiden.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Nächster Redner ist Herr Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stefan Wenzel (Grüne):
Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!
Wenn der Fernseher kaputt ist, dann ist es in unserer Gesellschaft üblich, dass man ihn nicht reparieren lässt, sondern dass man ihn wegschmeißt. Das nennt man gemeinhin „Wegwerfgesellschaft“.

- Nun mal immer mit der Ruhe!
Wir haben es in diesem Fall aber nicht mit einem Fernseher zu tun, sondern mit einem historischen Gebäude, das unter Denkmalschutz steht. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal ein Denkmal besessen hat. Ich habe mit einigen Freunden während meiner Studienzeit ein 200 Jahre altes Gebäude besessen, das unter Denkmalschutz stand. Da es sanierungsbedürftig war, haben wir mit der Denkmalschutzbehörde häufig beraten und versucht,

Wege zu finden, wie man die Sanierung im Einklang mit dem Gesetz bewerkstelligen kann. Ich kann Ihnen sagen: Zum Teil waren dies schwierige Debatten, wenn man mit der Denkmalschutzbehörde über Einzelne Fenstersprossen diskutieren musste. Deshalb weiß ich ganz genau, was es heißt, wenn dieser Landtag heute sagt, dass ihn sein eigenes Gesetz nicht interessiert und er es an dieser Stelle ignoriert.

Meine Damen und Herren, es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, wenn dieser Landtag sein eigenes Gesetz ignoriert.

Er könnte dieses Gesetz aufheben. Dieses Recht hätte er. Er kann es aber nicht ignorieren, Herr Thiele. Das Recht hat er nicht.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns zurzeit in einer der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrisen, die dieses Land je gesehen hat. Deshalb ist es auch von Bedeutung, ob man sich für den teuersten Entwurf, den Tempelneubau, oder für eine Sanierung im Bestand entscheidet.

Auch das, Herr McAllister, ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Abriss dieses Baudenkmals verstößt gegen Recht und Gesetz.

Wenn Ihre Fraktion, Herr McAllister, Herr Wulff, mehrheitlich den Weg für den Abriss freimacht, dann sind Sie Könige ohne Land. Sie werden diesen Beschluss verantworten müssen, wenn Ihre Fraktion heute mehrheitlich für den Abriss dieses historischen Gebäudes stimmt. Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich, Herr McAllister: Dieser Sieg wird eine Niederlage sein - das werden Sie noch merken -, und zwar nicht nur für die Niedersachsen hier im Land, die diesen Abriss und den Tempelneubau bezahlen müssen, sondern auch für die Mehrheitsfraktionen hier im Landtag.

Deswegen hoffe ich, dass heute nicht der Abriss beschlossen wird, der uns zudem auch noch in jahrelange juristische Auseinandersetzungen führen wird. Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Meine Damen und Herren, wir kommen gleich zu den Abstimmungen. Zunächst liegen mir aber noch zwei Wortmeldungen vor. Zunächst Frau Seeler

von der SPD-Fraktion. Bitte!

Silva Seeler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich selbst bin Besitzerin eines denkmalgeschützten Gebäudes in Hamburg. Wenn ich an all die Bestimmungen denke, die bei diesem Gebäude sowohl äußerlich als auch im Inneren zu beachten sind, dann frage ich mich: Was bleibt nach einem Umbau von dem Oesterlen-Bau eigentlich noch übrig? Alles, was dieses Haus innerlich und äußerlich bestimmt, wird weggerissen - bis auf zwei Mauern, und die werden auch noch durchlöchert. Mehr bleibt nicht. Für mich hat das mit Denkmalschutz nichts mehr zu tun.

Der Landtag muss seinen Aufgaben gerecht werden, dafür sind wir als Abgeordnete gewählt. Er muss auch ausreichend Platz zur Verfügung stellen sowohl für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Hause arbeiten, als auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer und natürlich für die Journalisten dort oben. Das ist eigentlich nur mit einem wirklichen Neubau vernünftig zu gestalten, und deswegen bin ich auch für den Neubau.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Es hat sich etwas verändert. Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Zunächst Herr McAllister von der CDU-Fraktion und dann Herr Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um auf den Kollegen Wenzel einzugehen. Herr Kollege Wenzel, Sie wissen, dass ich Ihnen ungern widerspreche, aber hier muss ich es ausdrücklich tun.

Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, die Umsetzung des Platzes 2 des Architektenwettbewerbs sei günstiger als die Umsetzung des Platzes 1. Sie wissen, dass das Staatliche Baumanagement in einer vorsichtigen Kostenschätzung für beide Entwürfe die Kosten bei ungefähr 39 Millionen Euro taxiert hat und dass wir in der jetzigen Phase auch nicht in der Lage sind, weitere detaillierte Kostenschätzungen abzugeben. Ich will damit nur sagen: Behaupten Sie nicht, der von Ihnen favorisierte PlaV2 sei günstiger als der Platz 1. Das Gegenteil wäre wohl der Fall. Darauf weist das Staatliche Baumanagement hin.

Ein Blick auf den Denkmalschutz: Das Denkmalschutzargument
- das haben wir heute in der Debatte
gehört - ist in der Tat sehr gewichtig. Es beschäftigt
viele Kolleginnen und Kollegen in allen
Fraktionen, und wir haben auch von mehreren
Rednern in der Debatte unterschiedliche Auffassungen
gehört. Eines aber akzeptiere ich nicht:
dass Sie einem bestimmten Teil des Hauses wissentlichen
Rechtsbruch vorwerfen. Das weise ich
in aller Schärfe zurück.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Herr
Hagenah, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte!

Enno Hagenah (Grüne):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und
Herren! Herr McAllister, dieser wissentliche
Rechtsbruch liegt nun einmal vor. Der Leiter der
Landesdenkmalbehörde hat das für uns alle zu
Protokoll gegeben; das können Sie im Protokoll
der letzten Sitzung der Baukommission nachlesen,
Dort hat er eindeutig gesagt, durch das Vorhandensein
des zweiten Preises, der das Programm
einhält und nach seiner Einschätzung denkmalgerecht
ist, sei ein Abriss nicht möglich, eben weil wir
die andere Option haben.

Ich möchte auch alle, ob nun Frau König, Herrn
Thümmler, Sie, Herrn McAllister, oder Frau Seeler,
die in ihren Reden hier immer wieder abgehoben
haben auf den Zweitplatzierten und so getan haben,
als stehe hier der Erstplatzierte gegen den
Zweitplatzierten zur Abstimmung, auf die Grundlage
der heutigen Abstimmung hinweisen. In Punkt 3
des Antrages steht eindeutig, es soll deutlich billiger
werden - das gilt für beide Varianten 3 a und
3 b -, aber unter 3 b steht eindeutig, dass der Entwurf
des zweiten Preisträgers denkmalgerecht und
auch urheberrechtlich zusammen mit dem
Büro Koch/Panse überarbeitet werden soll. Diese
Möglichkeit hatte Herr Gebhardt bisher noch gar
nicht. Dann reden wir nicht mehr über Schlitze,
sondern über deutlich mehr Bausubstanz, die erhalten
bleibt.

- Entschuldigung, wir müssen sehen, was wir hier
beschließen, und wir beschließen unter Punkt 3 b
genau diese Überarbeitung und nichts anderes.
Ich lege Wert darauf, dass Sie alle das im Hinterkopf
haben.

Herr Gebhardt hat sehr wohl erläutert und in seinen Plänen deutlich gemacht, dass in die Substanz zunächst die neue Konstruktion eingezogen würde, Herr Thümler, und dass innere Tragwerke erst abgenommen würden, nachdem das Tragwerk kraftschlüssig ersetzt worden ist.

Das alles hat er entsprechend baulich nachgewiesen - er hatte eigens dazu seinen Statiker mitgebracht -, und insofern ist dieser Bauablauf schon im Wettbewerbsbeitrag nachgewiesen. Auch die Erhöhung der Geschossdecke im Sockelgeschoss ist dadurch möglich, dass die vorhandene Decke herausgenommen wird. Sie hätten vielleicht im Anschluss an diese sehr kurze Antwort noch einmal genauer nachfragen können. Ich habe es gemacht, und entsprechend hat er das dargelegt. Das ist in seinen Plänen dargestellt, Herr Thümler.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, nächster Redner ist Herr Sohn von der Fraktion Die Linke:

Dr. Manfred Sohn (Linke):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr McAllister ich habe mich erneut gemeldet, weil Sie noch einmal auf die Kosten zu sprechen gekommen sind. Sie haben einige Äußerungen des Staatlichen Baumanagements zitiert. Sie alle werden heute Morgen in der Hannoverschen Allgemeinen gelesen haben, dass auch die Handwerkskammer - deshalb wundere ich mich, dass von der FDP dazu gar nichts gesagt worden ist - sich noch einmal mit der Kostenfrage beschäftigt und sich eindeutig dazu positioniert hat. Das Ergebnis werden Sie auch gelesen haben. Die Handwerkskammer kommt zu dem Ergebnis, dass bei sorgfältiger Durchführung dessen, was da geplant ist, 45 Millionen Euro nicht ausreichen. Das haben die, die so etwas wissen müssen, nämlich die Handwerker, öffentlich geäußert.

Zu dieser Aussage müssten Sie sich vielleicht positionieren. Einmal müssten sie erklären, was Sie dazu bringt, diese Kostenschätzung so beiseite zu wischen. Zweitens müssten Sie eine schlichte Frage beantworten: Was machen Sie eigentlich, wenn Sie die 45 Millionen Euro ausgegeben haben, der Bau aber nicht fertig ist und halbfertig hier herumsteht? Mich würde schon interessieren: Was machen Sie dann?

Schönen Dank.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Der nächste und im Moment letzte Redner, jedenfalls für mich erkennbar, ist Herr Stratmann. Ich nehme an, er spricht als Abgeordneter. Es ist sozusagen Ihre Jungferrede, Herr Stratmann.

Lutz Stratmann (CDU):
Für diese Periode gilt das, Herr Präsident. - Aber ich möchte als zuständiger Ressortminister etwas zu der Behauptung von Herrn Hagenah sagen, Herr Winghart habe behauptet, hier stünde eindeutig ein Rechtsbruch im Raum.
Wir stimmen nachher ab über den Erst-, den Zweit- und den Drittplatzierten, wenn ich richtig informiert bin.

Dann nur über den Erst- und über den Zweitplatzierten.

In Bezug auf die Abstimmung, lieber Herr Wenzel, die nachher ansteht, und auf den dort aufgeführten Zweitplatzierten gibt es seitens Herrn Winghart keinerlei Behauptung in dieser Richtung. Ich habe gerade vor einer Stunde wegen dieser Frage noch mit ihm telefoniert, weil Sie diese Behauptung vorhin schon aufgestellt haben. Ich möchte das hier klarstellen und stelle ich mich als oberster Dienstherr vor den Präsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalschutz.

Ich will bei der Gelegenheit weiter sagen:

Ich halte das für wichtig, Herr Jüttner. Vielleicht ist das eine Erklärung auch für die Frage, die Sie hier gerade stellen. - Wenn aus dem zweitplatzierten Entwurf eine Lösung entwickelt werden soll, die im Ergebnis nichts anderes vorsieht als eine Sanierung dieses Oesterlen-Baus, haben wir natürlich eine andere Rechtssituation. Aber das steht hier gar nicht zur Abstimmung. Hier wird allerdings der Eindruck erweckt, als stünde es zur Abstimmung. Das ist, wie ich finde, nicht redlich, und das ist etwas, was mich seit Beginn dieser Debatte mächtig stört.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Jüttner, bitte!

Wolfgang Jüttner (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr

Stratmann, Sie sind der oberste Dienstherr des Denkmalschutzes in Niedersachsen. Ich fand es schon ungewöhnlich, was Sie hier eben gesagt haben; denn mir ist bekannt, dass der oberste Denkmalschützer des Landes nicht nur die Denkmalkommission, die Sie einberufen haben und die sich einhellig und wirklich unmissverständlich geäußert hat - in der Baukommission dezidiert gesagt hat, auf der Basis der ihm nach der Sitzung des Preisgerichts nachgereichten Informationen sei ein Abriss des Plenarsaals, des Oesterlen-Baus, mit dem Denkmalrecht nicht vereinbar.

Auch Ihnen müssten doch Schriftstücke von dem obersten Denkmalschützer aus den letzten Tagen vorliegen, aus denen das unmissverständlich hervorgeht. Ich sage dies, weil Sie hier eben in Ihrer Funktion als Minister gesprochen haben und damit eine Vorgabe gemacht haben, was in Zukunft mit dem Denkmalschutz in Niedersachsen passieren könnte. Ich sage dies, weil ich nicht möchte, dass hier auf der Basis von unrichtigen Informationen entschieden wird.

Man kann den Denkmalschutz anders gewichten als ich; das räume ich ein. Ich habe da eine sehr dezidierte Position. Aber auf der Basis von Falschinformation des zuständigen Ministers hier zu entscheiden, das wäre eine Sauerei!

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, die Diskussion geht weiter. Herr Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort.

Stefan Wenzel (Grüne):
Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stratmann, das ist schon interessant: Sie melden sich hier als Abgeordneter zu Wort, und dann sprechen Sie als Minister und oberster Denkmalschützer. Na ja.

Dann stellen Sie die Äußerungen von Herrn Winghart in Abrede, obwohl er sich in einer öffentlichen Veranstaltung und auch presseöffentlich ganz eindeutig anders geäußert hat. Dabei hatte er deutlich gemacht, dass mit dem Beschlussvorschlag unter 3 b ein Vorschlag vorliegt, der dieses Denkmal im Kern wahrt. Herr Stratmann, das ist schon erklärungsbedürftig.

Das lasse ich Ihnen als obersten Chef des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur dieses Landes

so nicht durchgehen, dass Sie jetzt zum Ende dieser Debatte versuchen, hier den Eindruck zu erwecken, als wären hier ganz andere Äußerungen getätigt worden, nur um den Beschluss, den die Mehrheit Ihrer Fraktion hier fassen will, zu retten. Das ist ein Unding! Das ist peinlich für dieses Haus, das Sie vertreten.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, der Kollege Jüttner hat eben einen Ausdruck gebraucht, der nicht parlamentarisch ist. Ich denke, dass das registriert wurde.

Nun erteile ich Frau Silke Lesemann von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Silke Lesemann (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich habe alle Sitzungen der Baukommission mitgemacht. Ich war bei der Veranstaltung dabei, die die Preisträger unter den Architekten in der letzten Woche hier gemacht haben. Ich kann nur bestätigen, was Herr Hagenah gesagt hat. Herr Winghart hat gesagt, dass Platz 2 das Denkmal weiterentwickelt, mit vertretbaren Mitteln im Bestand weiterbaut und unter den Gesichtspunkten des Denkmalschutzes eine absolut akzeptable Lösung sei.

Er hat auch gesagt, dass diese Lösung den größtmöglichen Erhalt des Gebäudes im Sinne des Denkmalschutzes liefert. Er hat ferner gesagt und dies auch in der Baukommission wiederholt, dass der zweite Platz ein Fortbau, eine Weiterentwicklung des Oesterlen-Baus ist. Von daher verstehe ich diese Äußerung von jemandem, der bei der Sitzung nicht dabei gewesen ist, nicht.
Danke.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:
Meine Damen und Herren, mir liegt eine weitere Wortmeldung vor, nämlich von Herrn Bley von der CDU-Fraktion.

Karl-Heinz Bley (CDU):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, eine sehr große Mehrheit sieht, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wir wissen, dass wir in einer schwierigen Lage sind. Bei 75 Milliarden Euro in drei Haushalten sind diese 40 Millionen Euro auszugeben. Es sollte uns gelingen, dass wir das auf drei Haushaltsjahre verteilen.
Wir haben gehört, dass ein Handwerkspräsident - der der Kammer Hannover: Herr Heitmüller, den

ich sehr schätze - geäußert hat, dass er gerne die zweite Variante sähe. Es gibt sieben Kammerpräsidenten, aber nur einen Präsidenten der Unternehmensverbände Handwerk Niedersachsen und nur einen Präsidenten des Niedersächsischen Handwerkstages, und der ist zufällig Landtagsabgeordneter.

Der Yi-Entwurf hat den Architektenwettbewerb gewonnen. Nach meiner Überzeugung gibt es für mich nur eines: Ich stimme für die Nummer 1.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Stratmann, bitte!

Lutz Stratmann (CDU):

Herr Präsident! Herr Kollege Wenzel, erstens habe ich eben sehr ausdrücklich betont, dass ich mich nicht als Abgeordneter zu Wort gemeldet habe, sondern als zuständiger Ressortminister.

Zweitens zur Chronologie der Diskussion: Der Kollege Hagenah hat sich hier hingestellt und hat seine Behauptung, dieser Landtag würde einen Rechtsbruch begehen, mit einem vermeintlichen Zitat des Präsidenten des Landesamtes für Denkmalschutz untermauert. Daraufhin habe ich mich als Dienstherr - ich empfinde das als meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, weil Herr Winghart hier im Plenarsaal kein Recht hat, sich zu verteidigen oder zu reden - verpflichtet gefühlt, hier klarzustellen, dass bezogen auf den hier in Rede stehenden zweitplatzierten Entwurf das gilt, Herr Jüttner, was Herr Winghart in verschiedensten Redebeiträgen als zitiert uns zu Gehör gebracht hat.

Wir stimmen über den erstplatzierten und den zweitplatzierten Entwurf ab. Richtig?

Jedenfalls habe ich, nachdem Herr Hagenah in seinem ersten Redebeitrag bereits diese Herrn Winghart betreffende Behauptung aufgestellt hat, mit Herrn Winghart Rücksprache gehalten. Das Ergebnis dieser Rücksprache war, dass das, was Herr Hagenah hier behauptet, unzutreffend ist. Nichts anderes wollte ich hier klarstellen. Ich fühle mich aus meiner besonderen Funktion heraus auch dazu verpflichtet, das hier zu tun.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich denke, für das Parlament ist eindeutig klar, worüber abgestimmt wird, nämlich über die Drucksache 16/2300. Diese Formulierung findet sich auch auf dem von der Landtagsverwaltung

verteilten Zettel. Vor der dritten Abstimmung werden wir darauf noch einmal zurückkommen, sodass dann jedem Abgeordneten klar ist, über was abgestimmt wird.

Aber ich will gerade zu diesem Punkt keine Diskussion abwürgen. Deshalb gebe ich Herrn Hagenah noch einmal das Wort. Bitte!

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind meine Notizen, die ich gemacht habe - wenn wir schon so weit sind, dass wir uns gegenseitig hier etwas vorhalten -, als Herr Winghart zu uns gesprochen hat. Das sind meine Notizen. Ich spreche über das Sinngemäße. Ich empfehle dem Minister, dass er das Protokoll liest. Meine Notizen - das sind keine wörtlichen Zitate - kann ich entsprechend einsetzen, wenn hier etwas anderes behauptet wird. Ich denke, das ist Notwehr, die man machen muss. Anders kann hier offenbar nichts zur Wahrheitsfindung beigetragen werden.

Wenn Sie sich hinter der Vertraulichkeit der Sitzungen der Baukommission verstecken müssen, dann spricht das derart Bände, dass ich sowieso gar kein Wort mehr sagen muss, weil man sieht, dass Sie hier tricksen, täuschen und die Öffentlichkeit hinters Licht führen wollen. Dazu brauche ich nichts mehr beizutragen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, ich verstehe die Auseinandersetzung zu dieser Frage, zumal sie nicht einfach ist, je nach dem, welchen Favoriten man hat und wie man das beurteilt. Aber ich finde, wir sollten uns nicht gegenseitig ein Tricksen und Täuschen vorhalten.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich weise erneut darauf hin, dass ich auf das verteilte DIN-A4-Blatt vor der dritten Abstimmung noch einmal zurückkomme. Bevor wir nun zur Abstimmung kommen, möchte ich, wie angekündigt, das Verfahren erläutern. Wir stimmen nacheinander über die Nummern 1, 2 und 3 des Antrages in der Drucksache 16/2300 ab, und zwar nach der bisherigen Verabredung der Fraktionen in folgender Weise: Über die Nummern 1 und 2 soll durch Handzeichen befunden werden, es sei denn, dass jetzt ein Quorum von mindestens zehn Mitgliedern des Landtages auch zu Nummer 2 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Dies wird, wie ich höre, von der CDU-Fraktion beantragt. Das sind mehr

als zehn Mitglieder des Landtages. Also stimmen wir über die Nummer 2 auch namentlich ab. Zu der Nummer 3 soll das Votum der Mitglieder des Hauses in namentlicher Abstimmung abgefragt werden. Die Varianten, die hier zur Abstimmung stehen, werde ich unmittelbar vor der Abstimmung aufzeigen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Nummer 1 des Antrags in der Drucksache 16/2300.
Wer der Nummer 1 des Antrages in der Drucksache 16/2300 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.
- Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen?
- Dem ist mit großer Mehrheit gefolgt.
Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Nummer 2 des Antrages in der Drucksache 16/2300. Zu Nummer 2 des Antrages findet, wie angekündigt, eine namentliche Abstimmung statt. Das Verfahren für die namentliche Abstimmung ist in Paragraph 84 Abs. 2 und 4 unserer Geschäftsordnung geregelt. Danach ruft ein Mitglied des Sitzungsvorstandes alle Mitglieder des Landtags in alphabetischer Reihenfolge mit ihrem Namen auf. Die Aufgerufenen geben ihre Stimme durch Zuruf ab.

Ich bitte darum, so laut und deutlich abzustimmen, dass es vom Sitzungsvorstand gut zu verstehen ist. Im Stenografischen Bericht wird vermerkt, wie jedes Mitglied des Landtages abgestimmt hat. Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung. Ich bitte Frau Somfleth, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Eine Schriftführerin verliest die Namen:

Die Abstimmung
verläuft wie folgt:

Thomas Adasch Ja
Hans-Henning Adler Nein
Johann-Heinrich Ahlers Ja
Heinrich Aller Ja
Dr. Gabriele Andretta Ja
Klaus-Peter Bachmann Ja
Martin Bäumer Ja
Heiner Bartling Ja
Daniela Behrens Ja
Almuth von Below-Neufeldt Ja
Karin Bertholdes-Sandrock Nein
Hans-Christian Biallas Ja
Dr. Uwe Biester Ja
Karl-Heinz Bley Ja

Jörg Bode Ja
Norbert Böhlke Ja
Ralf Borngräber Ja
Marcus Bosse Ja
Axel Brammer Ja
Ralf Briese Ja
Markus Brinkmann Ja
Prof. Dr. Emil Brockstedt Nein
Marco Brunotte Ja
Bernhard Busemann Nein
Reinhold Coenen Nein
Helmut Dammann-Tamke Ja
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz Ja
Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens Ja
Otto Deppmeyer Nein
Hermann Dinkla Ja
Christoph Dreyer Nein
Christian Dürr Ja
Hans-Heinrich Ehlen Ja
Petra Emmerich-Kopatsch Ja
Ursula Ernst Ja
Kreszentia Flauger Nein
Ansgar-Bernhard Focke Ja
Björn Försterling Ja
Renate Geuter Ja
Rudolf Götz Nein
Christian Grascha Ja
Clemens Große Macke Ja
Ulla Groskurt Ja
Hans-Dieter Haase Ja
Enno Hagenah Ja
Swantje Hartmann Nein
Karl Heinz Hausmann Ja
Wilhelm Heidemann Ja
Frauke Heiligenstadt Ja
Karsten Heineking Ja
Dr. Gabriele Heinen-Kljajic Ja
Elisabeth Heister-Neumann Nein
Ursula Helmhold Ja
Kurt Herzog Nein
Bernd-Carsten Hiebing Ja
Reinhold Hilbers Ja
Jörg Hillmer Nein
Dr. Gero Clemens Hocker Ja
Carsten Höttcher Nein
Wilhelm Hogrefe Ja
Ernst-August Hoppenbrock Js
Patrick-Marc Humke-Focks Nein
Angelika Jahns Nein
Wolfgang Jüttner Ja
Karl-Heinz Klare Ja
Hans-Jürgen Klein Ja

Stefan Klein Ja
Ingrid Klopp Nein
Lothar Koch Nein
Gabriela König Ja
Marianne König Nein
Ursula Körtner Nein
Gabriela Kohlenberg Ja
Gisela Konrath Ja
Ina Korter Ja
Jürgen Krogmann Ja
Klaus Krumfuß Ja
Clemens Lammerskitten Nein
Karl-Heinrich Langspecht Ja
Dr. Silke Lesemann Ja
Sigrid Leuschner Ja
Olaf Lies Ja
Helge Limburg Ja
Editha Lorberg Nein
Dr. Max Matthiesen Nein
David McAllister Nein
Anette Meyer zu Strohen Ja
Christian Meyer Ja
Rolf Meyer Ja
Axel Miesner Nein
Frank Mindermann Ja
Johanne Modder Ja
Matthias Möhle Ja
Dieter Möhrmann Ja
Hartmut Möllring Ja
Heidemarie Mundlos Ja
Jens Nacke Ja
Matthias Nerlich Nein
Frank Oesterhelweg Ja
Jan-Christoph Oetjen Ja
Victor Perli Nein
Gudrun Pieper Ja
Filiz Polat Ja
Stefan Politze Ja
Claus Peter Poppe Ja
Dorothee Prüssner Ja
Sigrid Rakow Ja
Christa Reichwaldt Nein
Klaus Rickert Ja
Roland Riese Ja
Heinz Rolfes Ja
Mechthild Ross-Luttman Ja
Jutta Rübke Ja
Hans-Heinrich Sander Ja
Ronald Schminke Ja
Klaus Schneck Ja
Wittich Schobert Nein
Heiner Schönecke Ja

Stefan Schostok Ja
And rea Sch röder-Ehlers Ja
Uwe Schünemann Ja
Hans-Werner Schwarz Ja
Uwe Schwarz Ja
Kai Seefried Ja
Silva Seeler Ja
Wiard Siebels Ja
Dr. Stephan August Siemer Ja
Dr. Manfred Sohn Nein
Brigitte Somfleth Ja
Miriam Staudte Ja
Karin Stief-Kreihe Ja
Lutz Stratmann Nein
Detlef Tanke Ja
Ulf Thiele Nein
Björn Thümler Nein
Petra Tiemann Ja
Sabine Tippelt Ja
Dirk Toepffer Nein
Grant Hendrik Tonne Ja
Elke Twesten Ja
Astrid Vockert Ja
Ulrich Watermann Ja
Dörthe Weddige-Degenhard Ja
ChristelWegner Ja
Ursula Weisser-Roelle Nein
Stefan Wenzel Ja
Andrö Wiese Nein
Gerd Ludwig Will Ja
Wolfgang Wulf Ja
Christian Wulff Nein
Prof. Dr. Dr. Roland Zielke Ja
Pia-Beate Zimmermann Nein

Vizepräsident Dieter Möhrmann :
Meine Damen und Herren, wir bitten einen kleinen
Moment um Geduld.

Danach werden die Stimmen ausgezählt.

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder
Platz. - Ich gehe davon aus, dass sich kein
Mitglied mehr im Saal befindet, das noch nicht
abgestimmt hat. - Das ist der Fall.
Dann werde ich jetzt das Ergebnis bekannt geben:
114 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt und 38
mit Nein. - Damit ist der erste Punkt mit großer
Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nun kommen wir zum
weiteren Verfahren. Wir stimmen jetzt über Nr. 3

des Antrags ab. Darüber soll namentlich abgestimmt werden. Ich bitte Frau Somfleth erneut, die Mitglieder des Landtages aufzurufen.

Entschuldigung; ich muss einmal kurz unterbrechen.
- Meine Damen und Herren, ich hatte die erste Abstimmung schon verdrängt. Sie spielt natürlich eine wichtige Rolle. Jetzt passen Sie bitte auf, wenn ich das weitere Verfahren darstelle.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Nr. 3 des Antrages in der Drucksache 16/2300.
Für den Zuruf, mit dem Sie Ihre Stimme abgeben, stehen Ihnen nach der Vereinbarung der Fraktionen folgende Voten zur Verfügung, die Sie dem Ihnen vorliegenden Hinweis zum Abstimmungsverfahren über die Neukonzeption des Plenarbereichs des niedersächslschen Landtages entnehmen können:

Mit der Variante A favorisieren Sie den Entwurf des ersten Preisträgers, Professor Yi.

Mit der Variante B sprechen Sie sich für den Entwurf des zweiten Preisträgers des Wettbewerbs, Walter Gebhardt, aus - und jetzt kommt das, was zu ergänzen ist -, womit die Erwartung verbunden ist, dass in partnerschaftlicher Kooperation mit den ersten Preisträgern des Wettbewerbs aus dem Jahre 2002, den Architekten Koch und Panse, eine Überarbeitung der Entwurfsidee mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes erreicht wird, bei dem die Gesichtspunkte des Denkmal- und Urheberrechtsschutzes im verstärkten Maße berücksichtigt werden.

Als weitere Voten sind Nein und Enthaltung vorgesehen. Je nach dem von Ihnen gewünschten Votum rufen Sie also A, B, Nein oder Enthaltung.

Meine Damen und Herren, der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass im Parlament bisher von keiner Seite der Träger des dritten Preises des Wettbewerbs als Alternative aufgegriffen worden ist, die umgesetzt werden sollte. Sofern mir jetzt nichts anderes signalisiert wird, steht dieser nicht mehr zur Abstimmung. - Ich sehe keinen entsprechenden Wunsch. Es gibt keinen Widerspruch. Dann kommen wir zu dem von mir eben schon eingeführten Verfahren. Ich bitte Frau Somfleth, die Namen vorzulesen, und Sie, sich entsprechend zu äußern: A, B, Nein oder Enthaltung.

Herr Kollege Wenzel, Sie haben recht, dass es in der Vorlage steht. Es ist natürlich Bestandteil dieser EntschlieÙung; denn wir stimmen auf Grundlage des vorgelegten EntschlieÙungsantrages ab. Daher brauchen Sie jetzt keine Bedenken zu haben; die angepeilte Kostensenkung wird auch bei dieser Beratung mit eine Rolle spielen.

Können wir dann in die Abstimmung eintreten? - Ich darf Frau Somfleth jetzt um Verlesung der Namen bitten.

Die Schriftführerin verliest die Namen der Abgeordneten.
Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch A
Hans-Henning Adler Nein
Johann-Heinrich Ahlers A
Heinrich Aller A
Dr. Gabriele Andretta B
Klaus-Peter Bachmann B
Martin Bäumer A
Heiner Bartling A
Daniela Behrens B
Almuth von Below-Neufeldt A
Karin Bertholdes-Sandrock A
Hans-Christian Biallas A
Dr. Uwe Biester A
Karl-Heinz Bley A
Jörg Bode A
Norbert Böhlke A
Ralf Borngräber A
Marcus Bosse A
Axel Brammer A
Ralf Briese A
Markus Brinkmann A
Prof. Dr. Emil Brockstedt A
Marco Brunotte B
Bernhard Busemann Enthaltung
Reinhold Coenen A
Helmut Dammann-Tamke A
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz A
Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens A
Otto Deppmeyer A
Hermann Dinkla A
Christoph Dreyer Nein
Christian Dürr A
Hans-Heinrich Ehlen A
Petra Emmerich-Kopatsch A
Ursula Ernst A

Kreszentia Flauger Nein
Ansgar-Bernhard Focke A
Björn Försterling A
Renate Geuter A
Rudolf Götz A
Christian Grascha A
Clemens Große Macke A
Ulla Groskurt A
Hans-Dieter Haase B
Enno Hagenah B
Swantje Hartmann A
Karl Heinz Hausmann A
Wilhelm Heidemann A
Frauke Heiligenstadt A
Karsten Heineking A
Dr. Gabriele Heinen-Kljajic B
Elisabeth Heister-Neumann A
Ursula Helmhold B
Kurt Herzog Nein
Bernd-Carsten Hiebing A
Reinhold Hilbers A
Jörg Hillmer A
Dr. Gero Clemens Hocker A
Carsten Höttcher Enthaltung
Wilhelm Hogrefe A
Ernst-August Hoppenbrock A
Patrick-Marc Humke-Focks Nein
Angelika Jahns Enthaltung
Wolfgang Jüttner B
Karl-Heinz Klare A
Hans-Jürgen Klein B
Stefan Klein B
Ingrid Klopp A
Lothar Koch Enthaltung
Gabriela König A
Marianne König Nein
Ursula Körtner Nein
Gabriela Kohlenberg A
Gisela Konrath A
Ina Korter B
Jürgen Krogmann B
Klaus Krumfuß A
Clemens Lammerskitten Enthaltung
Karl-Heinrich Langspecht A
Dr. Silke Lesemann B
Sigrid Leuschner B
Olaf Lies B
Helge Limburg B
Editha Lorberg Enthaltung
Dr. Max Matthiesen Enthaltung
David McAllister A
Anette Meyer zu Strohen A

Christian Meyer B
Rolf Meyer B
Axel Miesner A
Frank Mindermann A
Johanne Modder B
Matthias Möhle B
Dieter Möhrmann A
Hartmut Möllring A
Heidemarie Mundlos A
Jens Nacke A
Matthias Nerlich Enthaltung
Frank Oesterhelweg A
Jan-Christoph Oetjen A
Victor Perli Nein
Gudrun Pieper A
Filiz Polat B
Stefan Politze B
Claus Peter Poppe B
Dorothee Prüssner A
Sigrid Rakow B
Christa Reichwaldt Nein
Klaus Rickert A
Roland Riese A
Heinz Rolfes A
Mechthild Ross-Luttmann A
Jutta Rübke B
Hans-Heinrich Sander A
Ronald Schminke B
Klaus Schneck A
Wittich Schobert A
Heiner Schönecke A
Stefan Schostok A
Andrea Schröder-Ehlers A
Uwe Schünemann A
Hans-Werner Schwarz A
Uwe Schwarz A
Kai Seefried A
Silva Seeler A
Wiard Siebels A
Dr. Stephan August Siemer A
Dr. Manfred Sohn Nein
Brigitte Somfleth B
Miriam Staudte B
Karin Stief-Kreihe B
Lutz Stratmann A
Detlef Tanke A
Ulf Thiele A
Björn Thümler A
Petra Tiemann A
Sabine Tippelt B
Dirk Toepffer Enthaltung
Grant Hendrik Tonne A

Elke Twesten B
Astrid Vockert A
Ulrich Watermann A
Dörthe Weddige-Degenhard B
ChristelWegner B
Ursula Weisser-Roelle Nein
Stefan Wenzel B
Andrö Wiese A
Gerd Ludwig Will A
Wolfgang Wulf B
Christian Wulff Enthaltung
Prof. Dr. Dr. Roland Zielke A
Pia-Beate Zimmermann Nein

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob es weitere Abgeordnete gibt, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. - Das ist nicht der Fall. Geben Sie uns bitte einen Moment zum Auszählen. (Die Stimmen werden ausgezählt)
Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. - Es gibt ein Ergebnis: Es wurden 152 Stimmen abgegeben, davon 91 für das Votum zu A und 39 für das Votum zu B. 12 Abgeordnete entschieden sich für ein Nein. Es gab 10 Enthaltungen.

Damit hat dieser Landtag seinen Willen kundgetan. Wir alle gehen davon aus, dass wir zusammen in der Lage sind, diesem Votum folgend die Maßnahme umzusetzen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die faire Diskussion. Ich schlage vor, dass wir uns um 15.30 Uhr, also eine halbe Stunde später als vorgesehen, zur Fortsetzung der Sitzung wieder hier treffen.